Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.] Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“. Telephon Nr 926.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 118. Mittwoch, den 23. Mai 1900. 7. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Aus der Praxis der Schwindel-Spekulation.

Es giebt einen Unterschied zwischen der volkswirthschaftlichen Bedeutung der Eisenbahnen und ihrer kapitalistischen Rentabilität. Daß die Eisenbahnen die vergessenen Länder von Klein- und West-Asien zu einer neuen wirthschaftlichen Entwicklung, ja zu einer neuen Kultur erwecken werden, ist gewiß. Ob sich aber die Aktien jener Eisenbahngesellschaften bezahlt machen, hängt von den Gesetzen der kapitalistischen Profitbildung ab. Trotzdem das Kapital gern mit Zahlen operirt, läßt sich für keine kapitalistische Gründung eine genaue Kalkulation aufstellen, am allerwenigsten aber für einen Eisenbahnbau, zumal in einem neuen Lande. Die muthmaßliche Rentabilität einer Eisenbahn basirt ja nicht nur auf dem vorhandenen Handelsverkehr, sondern vielmehr auf jenem, der erst durch sie selbst geschaffen werden soll. Das sind Zukunftswerthe, die sich nicht berechnen lassen, die auf reiner Spekulation beruhen. Doch diese Art Spekulation ist es nicht, auf die wir jetzt die Aufmerksamkeit unserer Leser lenken möchten.

Was auch aus Kleinasien in der Zukunft werden mag, jetzt ist es eine Wüstenei. Die Bevölkerung lebt in größter Nothdurft, was sie verfrachten kann, ist nicht viel, was sie bezahlen kann, noch weniger. Der Waarenverkehr muß erst geschaffen werden und oft erst die Bevölkerung, d. h. Ansiedelungen. Es ist klar, daß ein solches Land vorerst nur ein sehr bescheidenes Maß von Eisenbahnen vertragen kann. Damit vergleiche man aber den Wettlauf, der sich jetzt vor der türkischen Regierung um kleinasiatische Eisenbahnkonzessionen entwickelt! Erst Deutschland (und Frankreich) mit dem gewaltigen Projekt der Eisenbahn bis zum Persischen Golf. Dann Rußland, das sich ein Vorzugsrecht für die ganze Küste des Schwarzen Meeres sichert. Dann abermals Frankreich mit den syrischen Eisenbahnen. Und jetzt macht sich auch Oesterreich auf den Weg! Und alle haben sie Eile: man dringt auf definitive Entscheidung, noch bevor die Ergebnisse der ausgesandten Studienkommissionen bekannt geworden sind. Denn was diesmal den Ansporn giebt, sind weniger die voraussichtlichen Vortheile der Unternehmung selbst, als die Nothwendigkeit, neue Anlagen für das Kapital zu schaffen. Die Leiter dieser Bewegung zur Gründung kleinasiatischer Eisenbahnen sind sich dieses Sachverhalts durchaus bewußt. Als anläßlich der Bewilligung des deutschen Vorzugsrechtes für die Bagdadbahn die Zeitungen verlockende Artikel über die Naturschätze Kleinasiens brachten, warnte Herr Siemens, Direktor der Deutschen Bank, der Hauptmacher der Eisenbahngründungen in Kleinasien, vor einer etwaigen Auswanderungsbewegung nach jenen Gegenden, es handle sich, erklärte er, bei den Eisenbahnbauten um eine reine Kapitalanlage. Und ein Blick in die Abrechnungen der bestehenden kleinasiatischen Eisenbahnen überzeugt, daß die Zeit ihrer Rentabilität noch nicht gekommen ist. Es waren die Betriebsergebnisse dieser Eisenbahnen für 1878:

Eisenbahnlinien	In 1000 Franks Einnahmen	Subvention seitens der Türkei
Anatolische	8,401	4,562
Smyrna-Cassaba, alte Linie	3,678	471
„ neue Linie	795	3,946
Aidin	5,744	—
Beirut-Damaskus	1,955	750
Madanca-Brussa	257	—
Jaffa-Jerusalem	751	—
Mersina-Adama	486	—
	22,067	9,729

Fast 10 Millionen Franks hat also die türkische Staatskasse an die kleinasiatischen Eisenbahngesellschaften als Subvention auszahlen müssen. Auf diese Subvention haben es die Eisenbahngründungen abgesehen. Das ist die einzige reelle Grundlage dieser Schwindel-Spekulation.

Nun weiß man ja, daß der türkische Staat längst zahlungsunfähig ist, so daß seine Finanzen unter internationaler Kontrolle stehen. Sein Kredit liegt vollkommen darnieder, die Finanzen sind erschöpft, nicht einmal die Gehälter des Militärs und der Beamten können gezahlt werden, und schon eine Forderung von etlichen Millionen, ja Hunderttausenden versetzt das Schatzamt in Verwirrung. Und das ist der Garantiegeber für Eisenbahnbauten, deren Kosten sich auf mehrere hundert Millionen belaufen werden!

Die türkische Staatsschuldenkommission, die u. A. als Pfandobjekte für die bisher gewährleisteten Eisenbahngarantien verschiedene Steuern verwaltet, kommt auch jetzt schon mit einem langen Zettel von Beschwerden. Nicht nur, daß die Vilajets (die Provinzverwaltungen) die Steuern nicht abliefern, es werden sogar die Kassen der Kommission von den türkischen Beamten einfach erbrochen und die bereits eingelieferten Gelder wieder eingezogen, um für andere Zwecke verwandt zu werden. Jeden Augenblick bettelt die Regierung bei der ottomanischen Bank um Vorschüsse.

Nicht der Geldreichthum, sondern die Geldnoth der türkischen Regierung veranlaßt sie, neue Eisenbahnkonzessionen zu gewähren. Sie benutzt diese Gelegenheiten, um neue Anleihen aufzunehmen, und verschmäht dabei die geringsten Summen nicht. Welche seltsame Verhältnisse auf diesem Boden entstehen, zeigt drastisch die Geschichte der sogen. Vitalis-Gruppe. Dieses Finanzkonsortium hat u. A. 1893 die Konzession für den Bau der Eisenbahnlinie Damaskus-Boredschik erhalten mit einer Garantie von 12 500 Frcs. per Kilometer; bis 1901 sollte die Eisenbahn fertig sein. Aber die Lust am Bauen ist der Gesellschaft schnell vergangen und auch der Regierung erschien diese künftige Eisenbahn als ein recht fatales Danaergeschenk, so daß zwischen Beiden 1896 ein neues Abkommen getroffen wurde, wonach die Gesellschaft von der Regierung bis zum Jahre 1902 jährlich 33 000 türkische Pfund dafür erhält, daß sie nicht baut! 1899 versuchte die Gesellschaft, ein neues Abkommen zu treffen, wonach ihr der Bau eines Theiles der konzessionirten Strecke überhaupt erlassen und für den Rest eine erhöhte Garantie gewährleistet werden sollte, und um die Zustimmung der Pforte zu erlangen, bot sie derselben ein Darlehen von 400 000 Türkischen Pfund an, — aber da kam Direktor Siemens von der Deutschen Bank dazwischen, der schlechtweg 200 000 Pfund offerirte. Das war die Gegenleistung für die Gewährung des Vorzugsrechts beim Bau der Bagdadbahn. Und dieser bankerotte Staat, der bereit ist, für ein Darlehen von $3^1/_2$ Millionen Mark Verpflichtungen auf das Zehnfache zu übernehmen — hat er doch, da ihm Alles gepfändet ist, nichts mehr zu riskiren — das ist die einzige Sicherheit der kolossalen projektirten Eisenbahnbauten!

Es kommt eben nur darauf an, neue Kapitalanlagen zu schaffen. Das Geld soll wieder flüssig gemacht, den Gründungen ein neuer Ansporn gegeben werden! Mit welcher Rücksichtslosigkeit man dabei verfährt, zeigt auch die bekannte Art, wie die Kaiserreise nach Palästina zu Reklamezwecken für die kleinasiatischen Eisenbahnbauten ausgenützt wurde. Würde man nur auf die Börsenzeitungen hören, so könnte man meinen, der deutsche Kaiser selbst habe den Geschäftsagenten der Deutschen Bank gespielt! . . .

In das Gebiet der Schwindel-Spekulation gehört auch die sensationell aufgebauschte Nachricht von der russischen Goldminenkonzession. Die Goldminen von Nertschinsk werden längst ausgebeutet, wenn auch in primitiver Weise mittelst Zwangsarbeitern. Verbesserungen des Betriebes lassen sich einführen, ob aber weiteres Gold zu finden sei, das muß erst nachgewiesen werden. Und dann ist auch die Frage der Goldgewinnung eine Bevölkerungs- und Verkehrsfrage. Gold ist eine kostbare Waare, die Transportkosten verträgt —, wenn sie in reichlicher Menge gewonnen wird! Aber nach Sibirien fahren, dort einen Goldklumpen ergreifen und damit schleunigst zurückkehren — das giebt es nicht. Die Goldgewinnung erfordert heutzutage komplizirte maschinelle Einrichtungen, es ist eine besondere Industrie. Und ob diese Industrie sich jetzt in Sibirien etabliren läßt, das muß erst ausprobirt werden! Dagegen höre man, mit welchen Posaunenstößen der Reklame die zarische Konzession in aller Welt verkündet wird! Herr Hooley, ein berüchtigter Gründer, einer der Hauptmacher des Geschäfts, erklärt, 6204 Quadratmeilen Land habe ihm der Zar in Konzession gegeben, wenn sich da nicht was finden sollte! Warten wir erst ab, bis Herr Hooley die 6204 Quadratmeilen abgesucht hat!

Ja wenn es gelingen sollte, in Sibirien das zu wiederholen, was in Kalifornien, in Transvaal, in Australien, zum Theil in Klondyke geschah! Das gäbe einen neuen Anstoß der Haussebewegung der Industrie und Börse. Vorläufig bleibt es Schwindel-Spekulation!

Aber der größte Coup der Schwindel-Spekulation wird jetzt in Transvaal vorbereitet. Uebertrieben waren die Klagen der Börse über die Beengung der Goldgräberei durch die Bureauregierung — in Wirklichkeit handelte es sich um eine normale Krisis, an der nicht die Regierung von Pretoria, sondern die Londoner und Pariser Börse die Schuld trugen — übertrieben die Hoffnungen, die auf den Krieg gesetzt wurden, der Gipfel der Uebertreibung wird der Gründungstaumel sein, der sich nach dem Kriege, dessen Ende von der Börse mit der größten Spannung erwartet wird, einstellt.

Wenn der todte Punkt des Geldmarktes, an den wir jetzt angelangt sind, wieder überwunden wird, erfaßt die Schwindelspekulation den gesammten Weltmarkt. Sie setzt alle kapitalistischen Machtmittel in Bewegung. Sie hat bereits blutige Kriege entfesselt und sie rüstet gewaltige Kriegsflotten. Die Flottenrüstungen sind Schwindelspekulation, denn sie sollen dazu dienen, mit Gewalt neue Absatzmärkte zu schaffen. Koloniale Pläne tauchen schon jetzt auf, die man noch vor Kurzem als hirnverbrannte Ideen ausgelacht hätte. Und sie werden sich noch mehren und steigern. Es wird sich wiederholen, was wir zuletzt in den 70er Jahren hatten, nur in einem viel größeren Umfange, entsprechend den gestiegenen Produktionskräften, nicht mehr auf Europa und Amerika beschränkt, sondern alle Welttheile erfassend. Und dann kommt — der Krach!

Parvus.

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lübecker Volksbote.“)

Berlin, den 21. Mai 1900.

Im Reichstage gab es heute eine unerwartete Neuigkeit. Der Seniorenkonvent ist wieder auferstanden. Nachdem dem Präsidenten die Bestimmungen der Geschäftsordnung so viel Schwierigkeiten bereitet haben, hat Graf Ballestrem seine Zuflucht zu dem in der Geschäftsordnung nicht begründeten Seniorenkonvent genommen, den er vorige Woche erst verfehmt hatte. Unser Genosse Singer hat also Recht behalten: Die Geschäfte lassen sich am besten fördern unter Betheiligung aller dafür maßgebenden Parteien. Die Verhandlungen des Seniorenkonvents haben das Ergebniß gehabt, daß eingelenkt werden soll. Es wurde eine Vermittelungskommission gebildet, die während der Plenarsitzung tagte. In dieser ist von der Linken folgender Vorschlag gemacht worden: Es soll ein Initiativantrag eingebracht werden, der sämmtliche Paragraphen der lex Heinze nach den Beschlüssen der dritten Lesung enthält mit Ausnahme der §§ 184 a und b, des Kunst- und des Theaterparagraphen. Vom § 184 soll nur die Bestimmung bestehen bleiben, daß unzüchtige Bilder nicht an Kinder unter 16 Jahren verkauft werden dürfen. Die Altersgrenze wäre damit von 18 wieder auf 16 Jahre zurückgesetzt worden. Es ist Aussicht, daß dieses von der Linken gestellte Ultimatum acceptirt wird, der Präsident selbst und Herr Spahn sind dem Kompromiß geneigt, die Herren Gröber und Roeren wetterten allerdings dagegen. Graf Ballestrem soll sich aber mit dem Gedanken tragen, den Präsidentensitz aufzugeben, wenn die Obstruktion nicht beseitigt wird und das wird schließlich das Zentrum zwingen, klein beizugeben. In der Sitzung selbst ging der plötzliche Culissenwechsel in aller Ruhe vor sich. Der einfache Vorschlag des Präsidenten, die lex Heinze vorläufig abzusetzen, genügte. Auch die Interpellation unserer Genossen hielt nur einige Minuten auf. Auf die Erklärung des Staatssekretärs Nieberding hin wurde ihre Besprechung auf den 30. Mai verschoben.

Der Aufmarsch der Parteien zum Kampf um das Fleischbeschaugesetz brachte keine Ueberraschungen. Entschiedene Anhänger der ursprünglichen Regierungsvorlage sind nur die Sozialdemokraten und die freisinnigen Gruppen mit Ausnahme der süddeutschen Volkspartei, die für die Kompromißvorschläge eintraten und sich somit als demokratische Agrarier gerirten. Entschiedene Gegner des Kompromisses sind auch die intransigenten Agrarier, denen Graf Posadowsky wieder einmal mit gewiß schwerem Herzen die Leviten lesen mußte. Für das Kompromiß mit der Regierung traten ein Theil der Konservativen

unter Führung des Herrn v. Levetzow, die Reichspartei und das Zentrum ein. Auch die Nationalliberalen schlossen sich an. Doch hatte der Vertreter des rheinisch-westfälischen Industriebezirks erhebliche Bedenken.

Eine Abstimmung über den § 1 fand noch nicht statt. Sie wird erst morgen erfolgen, falls Alles glatt abläuft in Sachen der lex Heinze.

---

199. Sitzung. Mittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstisch: Nieberding.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Interpellation Albrecht und Genossen (SD.) wegen der in Anhalt und Reuß j. L. angenommenen Gesetze betreffs Bestrafung ländlicher Arbeiter wegen Kontraktbruchs und der in Lübeck erfolgten Verletzung der Gewerbeordnung.

Auf die Frage des Präsidenten erklärt

Staatssekretär Nieberding, daß die Reichsverwaltung sich zunächst mit den betheiligten Bundesregierungen in's Vernehmen setzen müsse und daher die Interpellation am 30. Mai beantworten werde.

Die Interpellation wird daher am 30. Mai auf die Tagesordnung gesetzt werden; das Haus geht nunmehr auf Vorschlag des Präsidenten zur dritten Lesung des Fleischbeschaugesetzes über.

In der Generaldiskussion erhält zuerst das Wort

Baudert (SD.): Wir werden für die Regierungsvorlage und gegen die Kommissionsbeschlüsse stimmen. Wir können es nicht billigen, daß die Hausschlachtungen von der Untersuchung ausgenommen sind. Die Kosten hierfür würden wir bewilligen. Ohne die Kontrolle verliert das Gesetz vollkommen den Charakter eines hygienischen Gesetzes. Sorgen Sie für bessere Lebenshaltung der Arbeiter, und sie werden von selbst nicht amerikanisches Fleisch kaufen. Auch wirken die Zollerschwerungen auf unsere Export-Industrieen zurück, so daß dadurch nicht nur das Fleisch vertheuert, sondern auch Hunderttausende von Arbeitern brodlos werden. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Augst (Südd. Vp., schwer verständlich), tritt für den Kompromiß-Antrag ein. (Beifall rechts.)

Frhr. v. Wangenheim (B. d. L.): Für uns sind lediglich sanitäre Rücksichten maßgebend. Die Kontrolle der Hausschlachtungen halte ich für meine Person für wünschenswerth, sie kann aber durch Reichsgesetz nicht geregelt werden, sondern das muß den einzelnen Staaten überlassen bleiben. Beim ausländischen Fleisch aber können wir die Kontrolle nicht dem Ausland überlassen. Das Pökelfleisch gehört nicht in das Gesetz: die Kontrolle des Pökelfleisches im Inlande ist technisch nicht durchführbar. Das ganze Gesetz ist eine Generalprobe für den Zolltarif. Geben wir jetzt nach, so weiß das Ausland, daß es beim Zolltarif später Alles erhalten wird, was es will.

Pachnicke (FVg.): Den hygienischen Kern des Gesetzes wünschen wir beizubehalten. Aus hygienischen Gründen sind wir für Grenzsperre, und weiter wünschen wir auch, die Kontrolle der Hausschlachtungen beizubehalten. Auch mit dem Einfuhrverbot der Konserven können wir uns nicht einverstanden erklären. Wir werden daher für das Gesetz in der Fassung der Regierungsvorlage stimmen.

Staatssekretär Graf v. Posadowsky: Bisher ist von den Verbrauchern von Fleisch, welche doch bei der ganzen Vorlage die Hauptpersonen sind, noch sehr wenig die Rede gewesen. Alle möglichen Nebeninteressen sind erwähnt worden, aber gerade von dem wesentlichen, dem hygienischen Standpunkt aus, der in den bisherigen Reden in den Hintergrund getreten ist, ist das Gesetz unbedingt nothwendig. Einmal muß die Wahrheit gesagt werden gegenüber der fortgesetzten Verschleierung der Thatsachen (hört, hört links). In einer gerichtlichen Verhandlung ist nachgewiesen, daß es in dem betreffenden Landestheile allgemeiner Brauch ist, unter die Wurst ungenießbares Fleisch zu mengen. Dagegen sagt der Bund der Landwirthe unter vollständiger Verkennung des hygienischen Standpunktes: „Nicht um das geringe Quantum des bisher eingeführten Pökelfleisches handelt es sich bei dem Widerstand gegen dies Gesetz, sondern um die Wiedereinrichtung eines ausreichenden Schutzes der Produktion der deutschen Landwirthschaft". Auch Frhr. v. Wangenheim sprach nur vom Zollschutz, nicht von der hygienischen Bedeutung des Gesetzes. Als Generalprobe zu dem zukünftigen Zolltarif betrachten die verbündeten Regierungen das Gesetz keineswegs. Wenn die Landwirthschaft den Widerstand aller andern Kreise der Bevölkerung durch ihre intransigenten Forderungen erregt, so ist das eine schlechte Vorbereitung für die großen Entschließungen, vor denen wir in allernächster Zeit stehen.

Die Vertreter der Landwirthschaft übertreiben furchtbar, wenn sie, wie Herr v. Wangenheim, es so darstellen, als ob im Inland nur gesundes Fleisch verkauft und gesundes Vieh geschlachtet würde, und alles Fleisch vom Ausland eigentlich krank wäre. Auf der Kontrolle der Hausschlachtungen will die Regierung, den bestehenden Verhältnissen Rechnung tragend nicht bestehen; aber auch in Bezug auf das Ausland kann die Erklärung des Reichskanzlers nur bedeuten, daß man das Fleisch soweit einführen läßt, als eine Untersuchung möglich ist. Wir sind ja jetzt auch bereit, die Einfuhr von Wurst und Konserven zu verbieten. Um was handelt es sich aber jetzt noch? Der Streitpunkt liegt in dem Pökelfleisch. Gewiß ist sehr viel Fleisch als Pökelfleisch eingeführt worden, das nur leicht verpökelt war und dann doch noch zur Wurstbereitung verwendet werden konnte. Nach dem Abänderungsantrag Aichbichler würde das nicht mehr möglich sein. Uebrigens ist der Verbrauch solchen durchsetzenen Fleisches ein außerordentlich geringer, so daß die Gefahr bei der Einfuhr dieses geringen Quantums Pökelfleisch jedenfalls viel geringer ist, als bei den Hausschlachtungen ohne Untersuchung. (Sehr richtig! links.) Im Ganzen stellt das Gesetz einen erheblichen Fortschritt dar, der auch bei der Landwirthschaft klar zu Tage liegt. Wenn Sie es ablehnen, so wird die Folge nur sein, daß die Fleischbeschau auf anderm Wege für große Gebiete Deutschlands eingeführt wird.

Inzwischen ist zu § 14a, der Schweineschinken, Speck und Därme von dem Einfuhrverbot in Büchsen oder ähnlichen Gefäßen ausnimmt, ein Abänderungsantrag Aichbichler eingelaufen, der diese Ausnahme beseitigen will. Weiter fügt der Abänderungsantrag Aichbichler dem Passus, daß zubereitetes Fleisch eingeführt werden darf, wenn nach der Art seiner Zubereitung Gefahren für die menschliche Gesundheit erfahrungsmäßig ausgeschlossen sind oder die Unschädlichkeit für die menschliche Gesundheit in zuverlässiger Weise bei der Einfuhr sich feststellen läßt, folgende weitere Sätze hinzu:

Diese Feststellung gilt als ausgeführt insbesondere bei Sendungen von Pökelfleisch, sofern das Gewicht einzelner Stücke weniger als vier Kilogramm beträgt; auf Schinken, Speck und Därme findet diese Vorschrift keine Anwendung.

Fleisch, welches zwar einer Behandlung zum Zwecke einer Haltbarmachung unterzogen worden ist, aber die Eigenschaften frischen Fleisches im Wesentlichen behalten hat oder entsprechende Behandlung wieder gewinnen kann, ist als zubereitetes Fleisch nicht anzusehen.

Zu demselben § 14a ist noch ein Abänderungsantrag von Bonin-Bahrenbusch eingelaufen, wonach der Bundesrath ermächtigt wird, Speck, Schweineschmalz und Därme, sowie geräucherte Schweineschinken zur Einfuhr zu zulassen; dagegen will dieser Antrag den Absatz über die Einfuhr des zubereiteten Fleisches streichen.

v. Levetzow (K): Ich spreche hier im Namen der Konservativen, die abweichender Meinung zu Herrn v. Wangenheim sind. Den einzigen Differenzpunkt bildet der § 14a. Die Hauptsache ist der sanitäre Gesichtspunkt. In dem Gesetz darf nichts stehen, was die Landwirthschaft schädigt. Wir sind darin einig, daß die Zusagen, die der Herr Reichskanzler gemacht hat, nicht erfüllt worden sind. Thatsächlich wird das inländische Fleisch strenger behandelt in diesem Gesetz, wie das ausländische. (Sehr richtig! rechts.) Mit der Kontrolle der Hausschlachtungen ist durchzukommen. Es fragt sich, ob der Landwirthschaft für bestimmte Schädigungen, die sie im Gesetze erfährt, Kompensationen geboten werden. Gerade für den kleinen Mann bedeutet die Kontrolle eine große Erschwerung, die Kosten der Besichtigung trägt doch der Viehbesitzer. Doch ist zu erwarten, daß die Einführung des Gesetzes eine Erhöhung der Fleischpreise bringen wird, dadurch wird der Landwirthschaft eine Entschädigung gewährt, die wir für ausreichend erachten.

Staatssekretär Graf Posadowsky erklärt den Antrag von Bonin-Bahrenbusch für die Regierung für unannehmbar. Der Antrag Aichbichler sei die äußerste Grenze für die Konzession der Regierung.

Nißler (K.): Unser Antrag ist eine Forderung der Gerechtigkeit. Es handelt sich um das Wohl vor allem der Konsumenten, aber auch um das Wohl der Landwirthschaft. Unsere Industrie kann nur dann blühen, wenn es der Landwirthschaft gut geht. (Bravo! rechts.)

Herold (Z.): Unsere Politik ist darauf gerichtet, das Praktische zu erreichen. Auf jeden Fall ist der Zustand, der eintreten wird, wenn das Gesetz auf Grund des Kompromisses Thatsache wird, für die Landwirthschaft vortheilhafter, als der jetzige Zustand. Deshalb werden wir für den Antrag Aichbichler stimmen. (Bravo! im Zentrum.)

Holtz (RP.) erklärt, für den Antrag Aichbichler stimmen zu wollen. Was die Hausschlachtung betreffe, so bitte er, die Kontrolle darüber dort, wo sie eingeführt sei, wieder abzuschaffen. (Hört! hört! bei den Soz.)

Vielhaben (Antis.) spricht sich gegen den Kompromißantrag aus. Der einzig mögliche Weg ist der Antrag von Bonin.

Gerstenberger (Z.): Ich stehe auch heute noch auf dem Standpunkt, daß die Einfuhr von Pökelfleisch für die deutsche Landwirthschaft schädlich ist, aber ich gehe in der Prinzipienreiterei nicht so weit, daß ich den ganzen Entwurf zu Fall bringe, weil ich nicht alles haben kann. Ich vermag darin keinen Schaden für den Bauern zu erblicken, wenn das Gesetz mit dem Kompromißantrag angenommen wird. Ich werde doch der Linken nicht helfen, ein Gesetz zu Fall zu bringen, von dem sie erwartet, daß es als Nebenerscheinung einen Nutzen für die Landwirthschaft bringt. (Bravo! im Zentrum.)

Schrempf (K.): Ich verstehe nicht, wie die Regierung den sanitären Gesichtspunkt als den Grundgedanken hinstellen kann. Es sprechen doch auch politische Motive mit. Was die Untersuchung des Pökelfleisches anbetrifft, so hat das Reichsgesundheitsamt zugegeben, daß diese Untersuchung nicht durchführbar ist. Die Folge des Fleischeinfuhrverbots werden stabile Fleischpreise sein. Die Landwirthschaft kann den inländischen Bedarf decken. Für uns ist das Gesetz unannehmbar, wenn es nicht über das Kompromiß hinausgeht. (Bravo rechts.)

Wurm (SD.): Wir stimmen mit den extremen Agrariern gegen den Kompromißantrag, wenn auch aus anderen Beweggründen. Die Herren rechts widersprechen sich in zwei Fragen; zunächst in Bezug auf die Hausschlachtungen. Graf Posadowsky will sie den Einzelstaaten überlassen, Herr Holtz will sie, wo sie bereits besteht, beseitigen, und Herr Vielhaben nennt Alles nur eine Scheinconcession, falls die Hausschlachtungen auch controlirt werden. Handelte es sich nicht um das Interesse einzelner Landwirthe, sondern um das der Landwirthschaft, so müßten die Agrarier die strengste Kontrolle der Hausschlachtungen verlangen. Ohne sie können Viehseuchen nicht bekämpft werden. 50 Prozent der Viehbestände im deutschen Reich sind tuberkulös. (Hört, hört! bei den Soz.) Für die Grenzsperre treten die Herren Agrarier stets ein, bei einer ernsthaften Seuchenbekämpfung aber machen sie stets Ausflüchte. (Sehr richtig! bei den Soz.) Herr von Wangenheim sagt, er sei persönlich für Kontrolle der Hausschlachtungen, aber er stimmt gegen sie. Die Herren sagen, die Kontrolle würde die Arbeiter belasten. Es dürfte den Vertretern von Ostelbien doch wohl bekannt sein, daß ihre Arbeiter die Schweinezucht gern aufgeben würden, wenn sie mehr Geldlohn erhielten. — Ebenso uneinig sind die Herren rechts über das Verbot der Fleischeinfuhr. Den wirklichen Grund für das Verbot sagte uns Herr von Levetzow: Sie erwarten nämlich erhöhte Fleischpreise. Man will die Konkurrenz ausschließen, um recht hohe Fleischpreise zu bekommen. Wir sind gewiß dafür, daß nur gute Waare aus dem Auslande hereinkommt, wir wollen aber auch die unsaubere Wurst, die im Lande hergestellt wird, nicht. Bei uns ist es aber sehr nothwendig, in die Schlächtereien hineinzuleuchten, damit die jammervollen Zustände, die dort herrschen, an's Licht kommen. Wozu die Erzählungen von der Fürsorge um die Gesundheit, wo es sich doch nur um das Interesse einzelner Landwirthe, der großen Viehzüchter, handelt. Der kleine Bauer hat ja nichts von der Preisvertheuerung des Fleisches. Sie sollten sich die Arbeiter zum Muster nehmen. Der Leipzig-Plagwitzer Konsumverein hat jetzt eine eigene Schlächterei eingerichtet, die vorzügliches Fleisch liefert. Lassen Sie doch die Redensarten von dem Schutze der landwirthschaftlichen Interessen, für Sie handelt es sich nur um Ausschluß der Konkurrenz und Preistreiberei. (Bravo! b. d. SD.)

Münch-Ferber (NL.): Die deutsche Textilindustrie steht und fällt mit der Prosperität der deutschen Landwirthschaft (Bravo! rechts.) Das Ausland richtet sich immer mehr auf Selbstproduktion ein, unser Export geht zurück. (Hört, hört! rechts.) Die Angstmeierei vor amerikanischen Repressalien theile ich nicht (Bravo! rechts.) Die Hauptsache bleibt für uns zu verhüten, daß das Gesetz nicht zu Stande kommt, wir werden also für den Kompromiß stimmen.

Staatssekretär Graf v. Posadowsky: Irgend welche amtlichen Verhandlungen zwischen der deutschen und amerikanischen Regierung über das Fleischbeschaugesetz haben nicht stattgefunden. Wenn man ausländisches Fleisch von der Einfuhr ausschließen will, muß man nachweisen, daß sofort im Inlande für 165 Millionen Mark mehr jährlich Fleischnahrung produzirt werden kann, um den Ausfall zu decken, oder man muß lebendes Fleisch, ausländisches Schlachtvieh hineinlassen. Die Herren Fleischer hätten ja daran ein großes Interesse, aber den viel größeren Schaden hätte die Landwirthschaft.

Franken (NL.): Landwirthschaft, Kohle und Eisen müssen nach einem Worte Bismarcks einig sein. Die künstliche Schürung der Gegensätze durch den Bund der Landwirthe gereicht der Landwirthschaft nicht zum Vortheil. Ich möchte nicht die Hand dazu bieten, den Arbeitern das Fleisch zu vertheuern und würde am liebsten für die ursprüngliche Regierungsvorlage stimmen.

Hierauf wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

Die Weiterberathung wird vertagt.

Ohne Widerspruch zu finden, setzt Präsident Graf Ballestrem folgende Tagesordnung fest: Dienstag 1 Uhr 1) Fortsetzung der dritten Berathung der lex Heinze. 2) Fortsetzung der dritten Berathung des Fleischbeschaugesetzes. 3) Fortsetzung der dritten Berathung der Novelle zur Gewerbeordnung.

Schluß 6 Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Aus dem Waldenburger Reichstagswahlkreise. Der letzte Jahresbericht des Vereins für die bergbaulichen Interessen Niederschlesiens streift auch die noch andauernde Auswanderung von Bergleuten aus Niederschlesien nach Westfalen. Seit dem Sommer 1897 sind bis jetzt mehr als 2500 niederschlesische Bergleute von westfälischen Gruben angeworben worden. Das sind rund 12—13 pCt. der niederschlesischen Bergarbeiterschaft. Diese hat sich dennoch seit vorigem Jahre wieder um 4,7 pCt. vergrößert; freilich besteht der Zuwachs zumeist aus ungeschulten Kräften und Ausländern (Böhmen). Bei der bevorstehenden Reichstagswahl fällt selbstverständlich diese Abwanderung schwer in's Gewicht, und unsere Partei dürfte sehr hart davon betroffen werden. Nichtsdestoweniger werden unsere Genossen Alles aufbieten, durch einigermaßen energische Agitation die Wahl unseres Kandidaten, des einzigen Bergarbeiters im Deutschen Reichstage, Genossen Sachse, wiederum zu ermöglichen.

Der Berliner Straßenbahnerstreik beigelegt! Diese wichtige Nachricht kommt aus Berlin. Die Streikenden hielten Montag zwei große Versammlungen ab. Von der im „Feenpalast" tagenden Hauptversammlung wurde eine Abordnung zum Oberbürgermeister Kirschner geschickt, um die Vermittelung desselben anzurufen. Diese erhielt völlig freie Hand, aber den Befehl, nur in folgenden drei Punkten sei nicht nachzugeben: „1) Die Zugehörigkeit zur Organisation, dem Zentralverbande der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands, dürfe nicht in Frage kommen, 2) Maßregelungen aus Anlaß des Ausstandes dürfen nicht stattfinden, und 3) auf jedem Bahnhof muß eine Kommission oder ein Ausschuß von dort Angestellten gebildet werden, der sich mit der Direktion bei Beschwerden in Verbindung setzen und bei Entlassungen von Beamten gehört werden muß." Die Abordnung wurde sofort vom Oberbürgermeister Kirschner empfangen und Schaffner Ascher nahm das Wort und legte die gegenwärtige Lage klar. Er erörterte die zwischen der Direktion und den Beamten schwebenden streitigen Punkte, um derentwillen der Streik ausgebrochen, und bat um die persönliche Intervention des Herrn Oberbürgermeisters. Herr Kirschner erwiderte Folgendes: Er sei hoch erfreut über das Vertrauen, das ihm seitens so vieler Tausender ehrenwerther Beamten und Bürger entgegengebracht werde. Er sei auf der Stelle bereit, zu vermitteln, um so mehr als er gerade in den wesentlichen Streitpunkten mit gutem Gewissen für die Streikenden bei der Direktion eintreten könne. Er könne der Deputation noch eine freudige Mittheilung machen. Die Direktion der Großen Berliner Straßenbahn habe sich am Sonntag bereit erklärt, den Entwurf der Pensionskasse nach dem Antrage des Magistrats anzunehmen. Er drücke der Deputation seine volle Befriedigung aus, daß, wie ihm von allem maßgebenden Seiten mitgetheilt worden, sich Niemand der Ausständigen an den Exzessen betheiligt habe. Unter Zuziehung der Vertreter der Straßenbahngesellschaft wurde dann um 2 Uhr in die Ausgleichsverhandlungen eingetreten, die Herr Kirschner so erfolgreich leitete, daß die Delegirten der Streikenden schon um 1/2 4 Uhr wieder in der Feenpalast-Versammlung erscheinen konnten, um mitzutheilen, daß der Streik auf Grund folgender Hauptbedingungen beigelegt sei:

1) Am 1. Juli Einrichtung der Pensionskasse auf Grund des mit dem Magistrat vereinbarten Statuts.
2) Die Dienstzeit beträgt für die Fahrer 9 Stunden, für die Schaffner 11 Stunden einschließlich der Vorbereitung für den Dienst und einschließlich der Kassenabrechnungen.
3) Schaffung einer Kommission auf jedem Bahnhof, die periodisch der Direktion ihre Wünsche darlegen, als Bindeglied zwischen den Angestellten und der Direktion wirken soll.
4) Gehalt: Anfangs 85 Mk., nach 6 Monaten 90 Mk., nach zwei Jahren 95 Mk., nach 5 Jahren 100 Mk., nach 8 Jahren 105 Mk., nach 10 Jahren 110 Mk., nach 12 Jahren 113 Mk., nach 15 Jahren 115 Mk., nach 17 Jahren 118 Mk., nach 20 Jahren Höchstgehalt von 120 Mk.
5) Den Angestellten werden vier freie Tage im Monat garantirt.
6) Ueberstunden werden mit 50 Pfg. bezahlt.
7) Maßregelungen der Streikenden dürfen nicht erfolgen.

Die Versammlung im Feenpalast nahm diese Mittheilung mit Begeisterung auf. Seit Dienstag Morgen ist die Bahn wieder in Betrieb.

Die Berliner Straßenbahner dürfen mit dem Erfolge ihres ersten Lohnkampfes sehr zufrieden sein. Ist auch nicht alles erreicht, was anfänglich gefordert wurde, so ist doch immerhin eine außerordentliche Verbesserung der früheren, trostlosen Verhältnisse erzielt worden.

Herrn Gröber herauszuhauen aus der Bedrängniß, in der er durch die bekannte Veröffentlichung der „Frkf. Ztg." gerathen ist, von der wir unsern Lesern Mittheilung gemacht haben, macht jetzt die „Germania" einen schwächlichen Versuch. Ihr Hauptargument ist, daß der Vorfall schon „eine Reihe von Jahren" — es sind fünf — zurückliegt. Im Uebrigen muß sie sämmtliche Thatsachen zugeben. Es bleibt also dabei, daß Herr Gröber einem pfäffischen Schweinigel geholfen hat, sich der ihm in Württemberg drohenden Strafe zu entziehen.

Pastor Naumann wird durch den Abg. Pachnicke in den ihm zugänglichen Blättern aufgefordert, sich der Freisinnigen Vereinigung anzuschließen. Er müsse den Fehler vermeiden, den er vor zwei Jahren im Wahlkampf dadurch beging, daß er die Parteizersplitterung vermehrte und durch selbstständiges Vorgehen dem Gegner des Liberalismus den Sieg erleichterte. „Als der Schwächere muß Herr Naumann den Anschluß suchen, wo eine, wenn auch nur partielle Ideengemeinschaft

dies gestattet." Zugleich versichert Herr Pachnicke wiederum, wie schon vor mehreren Jahren, daß „außerhalb der Fraktionsgehege sich ein Umschwung der Anschauungen offensichtlich vorbereitet." Einstweilen intriguiren und agitiren die Nationalsozialen bekanntlich in den Wahlkreisen der Freisinnigen Volkspartei.

Die Seemannsordnungs-Kommission beschäftigte sich am Freitag mit der Prinzipienfrage der Schiffskontrolle durch Reichs- und Staatsbeamte. Die Sozialdemokraten beantragten folgenden § 53a: „Jedes Schiff ist vor seiner Ausreise aus einem deutschen Hafen vom Seeamt einer Prüfung zu unterziehen, ob das Schiff in seetüchtigem Zustande, gehörig bemannt und verproviantirt ist, ob die Vorräthe an Speisen und Getränken genügend und in gutem Zustande sind, ob die Geräthschaften zum Laden und Löschen tüchtig, ob Stauung nach Seemannsgebrauch gehörig, ob das Schiff überladen ist, ob es mit dem nöthigen Ballast versehen ist. Vorhandene Mängel hat das Seeamt abzustellen und bis zur Abstellung der Erinnerungen das Auslaufen des Schiffs zu verhindern". Die Antragsteller wiesen auf die zahlreichen Seeunfälle hin, und von denen viele, wie die Sprüche der Seeämter erkennen lassen, auf eine unzureichende Kontrolle zurückzuführen seien. Sie richteten an die Regierungsvertreter die direkte Frage, wie die Regierung sich zu dieser von den Seeleuten seit Jahren erhobenen Forderung stelle. Der Unterstaatssekretär verwies zunächst auf die Ausführungen des Grafen Posadowsky beim Seeunfall-Versicherungsgesetz. Er gab anheim, mit Rücksicht darauf, den Antrag zurückzuziehen. Da die Sozialdemokraten jedoch erklärten, daß die Antwort Posadowskys nicht genügt habe, suchten die Regierungsvertreter unter Berufung auf die Verfassung und Reservatrechte der Seeuferstaaten die Unannehmbarkeit des Antrags, namentlich innerhalb des Rahmens der Seemannsordnung nachzuweisen. Natürlich stimmte ihnen der Nationalliberale Dr. Semler, der sich selber als Vertreter der Interessen der ganzen deutschen Rhederei bezeichnete, bei. Zwischen ihm und den Antragstellern kam es zu einem heftigen Zusammenstoß. Nach zweistündiger Debatte wurde der Antrag als Paragraph zur Seemannsordnung zwar abgelehnt, dafür als Resolution in den Grundgedanken angenommen. § 54 wurde genehmigt. Zum Schluß fragten die Freisinnigen, ob es bei der allgemeinen Geschäftslage und der Aussichtslosigkeit, die Vorlage noch in dieser Session zu verabschieden, nicht angezeigt erscheine, die Berathung einzustellen. Die Mehrheit lehnte diesen Vorschlag gegen 4 Stimmen ab. Fortsetzung am Dienstag.

Kleine politische Nachrichten. Als Maßregel gegen die Leutenoth hat das Zentrum in der Budgetkommission des Reichstages zur Flottenvorlage eine Resolution eingebracht, welche die Oeffnung der Grenzen für den erforderlichen Zuzug fremdländischer Arbeiter fordert. Die offizielle Korrespondenz des Bundes der Landwirthe kann in der schrankenlosen Zulassung ausländischer Arbeiter zu dauerndem Aufenthalt nicht ein Allheilmittel gegen die Leutenoth erblicken. Der Zug nach dem Westen und zur Industrie werde sich auf die akklimatisirten Ausländer ebenso geltend machen wie bei der inländischen Arbeiterbevölkerung. Abhilfe könne nur dadurch geschaffen werden, „daß die so zahlreich heranwachsende ländliche Jugend länger an die heimathliche Scholle gefesselt wird." — Auf dem Schießplatz bei Lamsdorf (Schlesien) wurden beim Scharfschießen des Militärs der Ortsvorsteher Tinte und seine beiden Kinder getödtet. — Eine eklatante Niederlage des Ultramontanismus hat sich in Innsbruck vollzogen. In der Hauptstadt Tirols sind dieser Tage die Gemeindewahlen beendigt worden und ihr Ergebniß ist, daß in dieser Körperschaft kein einziger Klerikaler mehr sitzt. Wenn's erst in Tirol hell wird, müssen's die Ultramontanen arg getrieben haben. — Die am Sonntag erfolgte Volksabstimmung in der Schweiz über die Kranken- und Unfallversicherung hat wieder einmal ein trauriges Beispiel dafür geliefert, daß gut demokratische Einrichtungen, wie das Schweizer Referendum, die reaktionärsten Ergebnisse liefern können, wenn der nöthige demokratische Geist fehlt. Das von der Bundesversammlung beinahe einstimmig angenommene Bundesgesetz, wurde am Sonntag in der Volksabstimmung mit 337 575 gegen 146 629 Stimmen verworfen. — Brüsseler Blättern zufolge kam es bei den letzten Sonntagsübungen der Genter Bürgergardisten zu einem ernsten Zwischenfall. Am vorigen Sonntag hatte sich eine Anzahl Bürgergardisten geweigert, den in französischer Sprache gegebenen Befehlen der Vorgesetzten zu gehorchen. Seit 1½ Jahren war das Kommando in vlämischer Sprache erfolgt. Die Protestler behaupteten, die Anwendung der französischen Sprache sei ungesetzlich. Als der Kommandant Sonntag am Versammlungsort eintraf, vertraten ihm mehrere Mann den Weg und verlangten, in vlämischer Sprache kommandirt zu werden. Anstatt dieser Aufforderung nachzukommen, befahl der Kommandant den Widerspenstigen, nach Hause zu gehen. Diese mengten sich jedoch unter das zahlreiche Publikum, das den Kommandanten verhöhnte. Die Polizei schritt ein und nahm mehrere Verhaftungen vor. Als am Schluß der Uebung die anderen Bürgergardisten ihrer Sympathie für den Kommandanten Ausdruck gaben, kam es zwischen ihnen und den Protestlern zu einem Handgemenge, an dem auch das Publikum theilnahm. Die Polizei hatte Mühe, die Streitenden zu trennen. Einige wurde verhaftet. — In Kolumbien sind die Aufständischen im Norden von Panama vertrieben worden. Am 16. Mai war Kartagena noch im Besitz der Regierung. In der Nacht vom 13. Mai fand vor Kartagena ein verzweifelter Kampf statt, in dem die Aufständischen geschlagen wurden. Es sollen 500 Aufständische gefallen sein. Das Land befindet sich in einem schrecklichen Zustande. Der Papierdollar ist nur 5 Cents werth.

Afrika.

Ueber die Vorgänge im Kongostaate, bei welchen nach englischen Berichten die deutsche Schutztruppe betheiligt war, sind nun amtliche Angaben eingetroffen. Sie klingen freilich ganz anders, als über London verlautete. Es heißt, zwischen den deutschen und den kongostaatlichen Truppen herrsche gutes Einvernehmen, man unterstütze sich gegenseitig. Dann wird hinzugefügt: Ferner ist mit der Brüsseler Regierung nicht nur ein Vertrag über die Einsetzung einer Grenzkommission, sondern auch ein Abkommen über den Besitzstand geschlossen worden. Deutschland hat danach das Gebiet östlich vom Kivusee, der Kongostaat das westliche besetzt unter Erhaltung der vorhandenen Stationen im gegenseitigen Gebiet. Es liegt also ein absehbarer Grund zu Feindseligkeiten vor. Auch sind von der deutschen Schutztruppe nur zwei Kompagnien, höchstens 300 Mann, in dem Landstriche nördlich vom Tanganika. — An den 1000 Mann, welche die Londoner Meldung aufmarschiren ließ, bestanden für uns sofort entschieden Zweifel.

Transvaal.

Vom Kriegsschauplatze. An dem Entsatze von Mafeking ist nun nicht mehr zu zweifeln. Oberst Baden-Powell, der heldenhafte Vertheidiger des verlorenen Postens, wurde zum Generalmajor befördert. Etwas Näheres über die Entsatzkolonne erfährt man aus einem Telegramm Milners an Chamberlain, worin der Gouverneur der Kapkolonie den Entsatz Mafekings meldet. Darnach war die Entsatzkolonne 2300 Mann stark und wurde von Oberst Mahon befehligt. Gegenwärtig rückt General Hunter längs der Eisenbahn mit den Vorräthen für die Garnison Mafeking vor; er richtet ein Hospital für die Beförderung der Kranken nach Kimberley ein. Lord Methuen verließ Hoopstad, um mit Hunter's Abtheilung gemeinsam zu operiren.

Lord Roberts meldet aus Kroonstad: General Buller berichtet, sein Vormarsch verzögere sich wegen der Zerstörung der Eisenbahn um einige Tage. General Rundle meldet, er habe Ladybrand besetzt.

Das Reutersche Bureau meldet: Ein englischer Convoi wurde auf dem Wege nach Lindley angegriffen und gezwungen, Halt zu machen.

Nach dem neuen Erfolg der Engländer hat Präsident Krüger der englischen Regierung neue Friedensvorschläge unterbreitet. Wenigstens glaubt der Londoner „Daily Expreß", konstatiren zu können, daß am Sonntag im Auswärtigen Amt ein an den Marquis Salisbury persönlich gerichtetes Telegramm des Präsidenten Krüger mit Friedensvorschlägen eingegangen sei. Zu neuen Friedensvorschlägen dürfte sich Präsident Krüger auch veranlaßt gesehen haben durch die wachsende Abneigung gegen den Krieg bei den Buren. Nach dem „Standard" soll der Burenkommandant De Wet dem Feldmarschall Roberts angeboten haben, er wolle sich mit tausend Mann unter der Bedingung ergeben, daß seinen Leuten gestattet werde, sich auf ihre Farmen zu begeben. Roberts habe entgegnet, daß die Kapitulation bedingungslos sein müsse. Wie Roberts berichtet, hat sich am Sonnabend bei Boshof ein Feldkornet und 86 Burghers ergeben, auch seien einige Gewehre und Munitionsvorräthe ausgeliefert worden. Nach einer Meldung der „Times" aus Kroonstad vom 18. d. M. hat der schnelle Vormarsch Lord Roberts von Blumfontein dorthin die Buren bei ihren Vorbereitungen zum Widerstande vollkommen demoralisirt.

Zu einem blutigen Zusammenstoß ist es nach der „Times" am Sonntag in Lourenzo Marques zwischen einigen Matrosen des niederländischen Kreuzers „Friesland" und portugiesischen Polizeimannschaften gekommen. Die Letzteren machten von ihren Bajonetten Gebrauch und verwundeten drei Matrosen, einen davon schwer.

Der Empfang der Burendelegirten im Opernhause zu Washington gestaltete sich am Montag zu einer großen Kundgebung. Der Raum war dicht gefüllt; zwar war die offizielle Welt nicht vertreten, jedoch waren verschiedene Mitglieder des Senats und des Repräsentantenhauses anwesend. Senator Sulzer bewillkommnete die Delegirten und sagte, neun Zehntel der Amerikaner seien gegen England. Im Namen der Menschlichkeit müsse man für die Herbeiführung des Friedens eintreten. Die Buren seien nur zu besiegen, wenn sie gleichzeitig ganz vernichtet würden. Dem Zerstörungsmarsche Englands müsse Einhalt gethan werden. Der Burendelegirte Fischer sprach sich in seiner Erwiderung ähnlich aus, wie er dies in New-York gethan.

Arbeiter! Eure Pflicht ist's,
bei jeder Gelegenheit allerorts Eurer Zeitung Neue Leser zuzuführen;
Nur dann ist die Presse in der Lage, ihr Ziel zu erreichen: mit Erfolg einzutreten für das Proletariat!

Lübeck und Nachbargebiete.

Dienstag, den 22. Mai 1900.

Achtung, Braunbierbrauer, Kutscher! Zuzug nach Lübeck ist fernzuhalten! Das Bureau befindet sich: Böttcherstraße 18, bei Boysen.

Brauerversammlung. Am gestrigen Abend tagte eine von fast allen Mitgliedern besuchte Verbandsversammlung, welche sich mit der Lohnbewegung der Braunbierbrauereiarbeiter beschäftigte. Es fand eine lange, lebhafte Diskussion statt, in welcher das eigensinnige Verhalten der Besitzer auf das schärfste kritisirt wurde. An anderer Stelle wird Gelegenheit genommen werden, im Einzelnen zu schildern, wie gewisse Leute es getrieben haben und noch treiben mit denjenigen Besitzern, die das vielgenannte Schriftstück anfangs nicht unterzeichnen wollten und jetzt gerne bewilligen würden, wären sie nicht wieder von gewisser Stelle beeinflußt. Die faulen Flausen von dem hohen Kutscherverdienst finden im Publikum keinen Glauben; mit Recht sagt man sich, daß der jetzt geforderte Lohn von 18 Mark und 4 pCt. bei so schwerer und langer Arbeit nicht zu hoch sei. Das werden gerade jetzt die Herren Besitzer und ihre Arbeitswilligen am besten beurtheilen können. Einstimmig wurde beschlossen, nicht nur den Kampf weiterzuführen, sondern jetzt alle zur Verfügung stehenden Mittel in Anwendung zu bringen, um zum Siege zu gelangen. Es wurde ferner eine 6gliedrige Kommission gewählt, welche die Vorarbeiten zur Errichtung einer Genossenschaftsbrauerei zu machen hat. Am Montag, den 28. ds. Mts., wird eine Volksversammlung sich mit der Angelegenheit beschäftigen. Nach Erledigung einiger interner Sachen wurden verschiedene Mißstände auf der Aktien-Brauerei gerügt und der Hoffnung Ausdruck verliehen, daß dort Abhülfe geschaffen werde.

An die arbeitende Bevölkerung Lübecks!

Ehrenpflicht jedes Arbeiters und jeder **Arbeiterin** ist es, die

Braunbierbrauerei-Arbeiter

moralisch zu unterstützen.

Im Boycottprozeß ist die Vertheidigung der Angeklagten Herrn Rechtsanwalt Dr. v. Oldershausen-Hamburg übertragen worden.

Die Küper streiken in der Herwig'schen Spritfabrik in Hamburg.

Sportfreuden. Beim Radwettfahren auf der Bahn am Lauerholz erlitt am Sonntag infolge Sturzes mit dem Rade ein Berliner Fahrer einen Schlüsselbeinbruch.

Die Badeanstalt im Krähenteiche ist Sonntag Morgen eröffnet worden.

Vorboten des Katzenjammers. Die Handelskammer beschloß mit Rücksicht auf die Verhandlungen in der Budgetkommission des Reichstags über die zur Deckung der Flottenvorlage erforderlichen Steuern Eingaben an den Senat in Sachen des Konossementstempels, des Börsenstempels und des Branntweinzolles zu richten. — Wer sich für die schwimmenden Kästen begeistern kann, muß auch den „Drath" dazu hergeben, wer bei der Flotte A sagt, bei der Deckung B sagen. Die Flotte bringt es dem Kaufmann doch angeblich zehnfach wieder ein. Also, nur Muth!

Am 30. Mai

wird das **Streikpostenverbot des Lübecker Senates** im Reichstage einer Herz- und Nierenprüfung unterzogen werden. Bis dahin hofft Hohenlohe zu wissen, wie die Autoren der Verordnung selbige begründen zu können vermeinen.

Malergehülfen sucht das Arbeitsnachweisbureau in der Fischergrube, jedenfalls für die Werft. Eine Braunbierbrauerei wird zum Verkaufe angeboten. — Der Volksmund bezeichnet solche Vorgänge als „das dicke Ende, welches nachkommt."

Eutin. Eine Konferenz für den 9. Schleswig-Holsteinischen Wahlkreis tagte am Sonntag, den 20. d. Mts. im Lokale des Herrn P. Schröder. An dieser Konferenz nahmen auch Vertreter aus dem Fürstenthum Lübeck Theil, welche bestimmte Bezirke des 9. Kreises zu bearbeiten haben. Ferner waren anwesend die Genossen Lienau von der Agitationskommission und der Kandidat Weinheber-Hamburg. Die beiden Punkte der Tagesordnung: „Organisation und Agitation" wurden zusammen verhandelt. Aus den Berichten der Delegirten ist ersichtlich, daß die Partei- und Gewerkschaftsbewegung Fortschritte macht. Speziell in den Theilen um Lübeck ist die Bewegung eine gute. Allgemein wurde über Lokalmangel geklärt. Wäre dieser Uebelstand nicht vorhanden, dann würden wir bedeutend größere Fortschritte zu verzeichnen haben. Mit welchen Mitteln gegen uns gekämpft wird, zeigte der Delegirte aus Neustadt. Daselbst sind ungefähr 100 Arbeiter gewerkschaftlich organisirt. Dieselben haben sich auch ein Lokal erobert. Als nun die erste öffentliche Gewerkschaftsversammlung stattfinden sollte, wurde dieselbe von der Behörde inhibirt, weil — die eine Thür einige Zentimeter zu schmal war. Diese schmale Thür bildete aber kein Hinderniß für die Nationalsozialen und andere Parteien, die in demselben Saale ihre Versammlungen abhalten konnten. Die dortige Behörde will eben die „dicken" Arbeiter vor Schaden bewahren und besteht deshalb auf die richtige Thürbreite. Da die betreffenden Arbeiter diese Umsicht zu würdigen wissen, so wird die Thür in nächster Zeit die richtige Breite haben. Auch die Kalenderverbreitung wollen einige Behörden ganz inhibiren. Die Sonntagsgesetze sucht man in einigen Orten gegen unsere Verbreiter so zu handhaben, daß die Gesetzgeber ihre Freude daran haben können. In der Nähe der großen Güter werden die Kalender, sobald die Ortsbehörden oder Gutsbesitzer von der Verbreitung Kenntniß erhalten, wieder eingesammelt. Wenn auch der Kampf im 9. Kreise ein schwieriger ist, so ist doch zu konstatiren, daß ein stetiges Vorwärtskommen sich überall bemerkbar macht. Beschlossen wurde, daß für die Seebevölkerung, also die Fischer, etwas gethan werden müsse. Es wurde beschlossen, sich mit dem Vorstande des Seemannsverbandes wegen Ueberlassung von Zeitungen in Verbindung zu setzen. Ferner wurde beschlossen, daß Agitationsnummern der „Schlw.-Holst. Vlksztg." den einzelnen Vertrauenspersonen zur Verfügung gestellt werden sollen. Das Vertrauensmännersystem soll weiter ausgebaut werden, und wenn möglich, sollen diese Leute in unabhängige Stellungen gebracht werden. Alljährlich soll eine Konferenz für den 9. Kreis stattfinden, während die Ver-

trauensleute der einzelnen Kreise je nach Bedürfniß zusammen zu kommen haben. Zum Vorort wurde Neustadt in Holstein gewählt, und ferner wurde für Genossen Ströbel, der nach Berlin verzogen ist, der Genosse Frohme von den Vertretern des Fürstenthums Lübeck und Genosse Brecour von den Genossen des 9. Kreises als Delegirte nach Paris in Vorschlag gebracht. Nach einer Reihe von geschäftlichen Angelegenheiten schloß Genosse Lienau die Konferenz mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung.

Mölln. Unfall. In Berkenthin wurde ein junger Mann Namens Nuppenau beim Mergelfahren verschüttet und starb an den Verletzungen.

Flensburg. Das Ende vom Liede. Vor der hiesigen Strafkammer standen gestern als Angeklagte Kaufmann Johann Hoffgaard und früherer Geschäftsführer Richard Fürstenau, Ersterer Vorsitzender des Vorstandes, Letzterer Kassirer der in Konkurs gerathenen Apenrader Vereinsbank. Bei 200 000 Mk. Aktiven hatte Hoffgaard den Kredit der Bank so stark in Anspruch genommen, daß sein Wechsel-Konto, sowie seine diversen Privatkonten (Konto A, Konto B, Hoffgaards Erben, „Davidsen Wwe.", Hoffgaard u. Ko.) insgesammt eine halbe Million Mark Unterbilanz ergaben. In Folge der nothwendig gewordenen Konkurserklärung der Bank ist eine größere Anzahl Apenrader Geschäftsleute ebenfalls fallit geworden. Das Gericht verurtheilte Hoffgaard wegen Vergehen gegen § 312 des Handelsgesetzes zu zwei Jahren Gefängniß. Fürstenau, der persönlich die Bank nicht ungünstig durch Manipulation beeinflußt hat, wurde in der Annahme, daß ihm die Vermögenslage Hoffgaards nicht genügend bekannt gewesen sei, freigesprochen.

Kiel. Genosse Korn hat seine zweimonatliche, durch Hohenlohe- und Posadowsky-Beleidigung verwirkte Gefängnißstrafe angetreten.

Kiel. Die kaiserliche Werftverwaltung hat an fünf mit ihr in Geschäftsverbindung stehende Unternehmer Fragebogen versandt, auf denen unter Nr. 12 gefragt wird, ob unter den von den Unternehmern beschäftigten Arbeitern Sozialdemokraten und wer dieselben wären. — Ob man diese „Rothen" für einen der nächsten Dekorirungstage in Vorschlag zu bringen gedenkt?

Bremen. Eine Fahrradsteuer ist bei der Bürgerschaft beantragt worden. Dieselbe soll pro Jahr 6 Mark, für Arbeiter 2 Mark betragen. Gerechtfertigt wird die Steuer mit der dem Staate mancherlei Kosten verursachenden Anlage von Radfahrwegen. Die sozialdemokratische Fraktion verhielt sich bei der Berathung in der Bürgerschaft ablehnend gegen die Steuer, beantragte aber, dieselbe nur von Leuten mit einem Jahreseinkommen von über 2000 Mark zu erheben. Die Vorlage wurde in namentlicher Abstimmung mit 61 gegen 41 Stimmen an eine Kommission verwiesen, die in nächster Sitzung gewählt werden wird.

Briefkasten.

††† Donnerstag Vormittag 10 Uhr.

Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 21. Mai

Der Schweinehandel verlief gut.

Zugeführt wurden 240 Stück. Preise: Versandschweine, schwere 44—45 Mk., leichte 45—46 Mk., Sauen 37—40 Mk. und Ferkel 44—45 Mk. pr. 100 Pfd.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen

Todes-Anzeige.

Heute Mittag um 2 Uhr starb nach kurzen Leiden unsere gute Mutter

D. Brasch Wwe. geb. Rubien

im 69. Lebensjahre. Tief betrauert von den Hinterbliebenen. **C. Koch und Frau.**

Gestern Morgen entschlief sanft nach langen Leiden unser lieber Vater, Bruder, Schwager und Großvater **Hans Heinrich Rieckhoff** im 59. Lebensjahre.

Die Beerdigung findet am Mittwoch d. 23. Mai, Nachm. 3¼ Uhr, von der St. Lorenz-Kapelle aus statt. **Die trauernden Hinterbliebenen**

Lübeck, den 21. Mai 1900.

Gutes Logis zu vermieth. Glogiustr. 2, 1. Et., bei der Schwartauer Allee.

Zu vermiethen Logis für 2 Mann. Glockengießerstr. 16.

Zu vermiethen **ein freundliches Logis.** Langer Lohberg 27.

Sofort zu vermiethen ein freundlich möbl. Zimmer an einen jungen Mann mit Morgens und Abends Kaffee, pro Woche Mk. 2,50. Hartengrube 31, part.

Logis zu vermiethen. St. Annenstraße 8, Stage, hinten.

Billig zu verkaufen **2schl. Bettstelle m. Sprungfedermatr.** Glogiustraße 20, 3. Etg.

Trauerhalber billig zu verkaufen **ein garnirter Damen-Hut.** Engelsgrube 61 1

Tüchtige Schneidergesellen E. Feig, Engelsgrube 57.

Verloren am Sonntag in der Elswigstraße e. kleiner **goldener Ohrring.** Abzugeben gegen Belohn. Elswigstraße 18 c, 1. Etg.

Feine und andere Wäsche w. sauber gewaschen u. geplättet. Engelsgr. 71. II.

Unter alte emaillirte Töpfe werden neue emaillirte Böden gesetzt. Alfstraße 31.

Fr. Grünau, Mandatar. **Bureau: Beckergrube 8.** Fernsprecher Nr. 1048.

Brennsprit, Poliersprit Liter 35 Pf., Flasche 28 Pf. **Obertrave 8. Ludwig Hartwig.**

Puddingpulver Packet 10, 15 u. 20 Pfg. **Rothe Grütze, Backmehl, Vanille, Backpulver, Vanillezucker. Doppelt gesiebtes, stets lockeres Weizen-Dampfmehl** hält bestens empfohlen **Obertrave 8. Ludw. Hartwig.**

Bürgerlicher Mittagstisch Mittagessen 30 und 40 Pfg. Abendessen 30 Pfg. Frau **Rieck,** Wengstraße 21, part.

Leere Farbetonnen hat abzugeben **Friedr. Meyer & Co.**

Gänzlicher Ausverkauf.

Wegen **Aufgabe meines Geschäfts** will ich mein **gutassortirtes Lager in nur dauerhaften**

Schuhwaaren

aller Art bis zum 1. Juli ds. Js. **zu Spottpreisen ausverkaufen.**

A. Heise, Fischergrube 33.

Da mit dem **1. Januar 1900** das Bürgerliche Gesetzbuch für das Deutsche Reich in Kraft trat, und dieses ausser anderen bedeutenden Aenderungen der geltenden Rechte auch Aenderungen im Miethrecht mit sich bringt, ist **wichtig für Jedermann:**

Die Rechte u. Pflichten des Miethers

nach dem neuen

Bürgerlichen Gesetzbuch.

Kommentar zum Miethrecht von **Richard Lipinski.**

Dritte Auflage.

Preis 20 Pfennig.

Inhalt: Der Abschluss des Miethvertrags. — Die Form des Miethvertrags. — Wer soll den Miethvertrag abschliessen? — Was wird mit den nach altem Recht abgeschlossenen Verträgen? — Die Dauer des Miethvertrags. — Gewährung der Miethräume und die Gegenleistung des Miethers. — Die Pflicht des Vermiethers. — Haftung des Vermiethers für Mängel. — Gefährdung der Gesundheit. — Anzeigepflicht des Miethers. — Entziehung des Gebrauchs durch Dritte. — Rechtzeitige Gewährung der Miethräume. — Ersatz für Aufwendung des Miethers. — Untermiethe. — Vertragswidriger Gebrauch der Miethräume. — Zahlungstermin der Miethe. — Die Kündigungsfristen. — Ausserordentliche Kündigungsfristen. — Die kündigungslose Aufgabe der Wohnung. — Kündigungslose Entziehung der Wohnung. — Kauf bricht nicht Miethe. — Beendigung des Miethvertrags. — Das Zurückhaltungsrecht des Vermiethers.

Zu beziehen durch die

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Johannisstrasse 50.

Als schöne Zimmerzierde

ist den Parteigenossen zu empfehlen:

Brustbild von Ferd. Lassalle.

Natürliche Größe, Oeldruck. Preis 1 Mk.

Brustbild von Karl Marx.

Natürliche Größe, Oeldruck. Preis 1 Mk.

Expedition des Lübecker Volksboten.

Johannisstraße 50.

Briefbogen u. Briefumschläge

empf. die Buchhandlung von **Friedr. Meyer & Co.**

Möbelkäufern

empfehle ich mein wirklich großes neu complettirtes Lager dauerhaft gearbeiteter

Möbel jeder Art.

Folkers' Möbel-Magazin 25 Marlesgrube 25.

Empfehle:

Streichf. Oelfarben

Leinöl, Firniß, Carbolineum

Dopp. gekocht. Fussbodenöl

dauerhaft, ohne nachzukleben, verleiht es den Fußböden einen prachtvollen Glanz.

Ferner:

Seifenstein, Stahlspäne, Farbenentferner, Bohnermasse u. Fussbodenlacke, sowie sämmtliche

Pinsel- und Bürstenwaaren.

John Becker

Dornestraße 29.

Jeden Mittwoch und Sonnabend empfehle prima **dänisches Rindfleisch,** sowie hiesiges **Schweine-, Hammel- u. Kalbfleisch.** Prima **fetten Speck** zu den billigsten Preisen.

F. Block, Markthallen-Stand Nr. 34 u. 35.

!!!

Mittwoch 8½ Uhr.

Achtung!

Hafenarbeiter!

(Schauerleute, Flußschiffer, Kohlenarbeiter u. Lastadiearbeiter.)

Gemeinschaftliche Versammlung am Mittwoch den 23. Mai

Abends 8½ Uhr

im Vereinshaus, Johannisstr. 50.

Tages-Ordnung:

1. Antrag der Schauerleute.
2. Wahl eines Ausschußmitgliedes.
3. Verschiedenes.

Um zahlreiche Betheiligung ersucht

Der Generalbevollmächtigte.

Mitgliedsbücher müssen vorgezeigt werden.

Central-Krankenkasse „Grundstein zur Einigkeit."

(Filiale Lübeck.)

Mitglieder-Versammlung am Mittwoch den 23. Mai 1900

Anfang 8½ Uhr.

im Vereinshaus, Johannisstr. 50.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen **Bartels** über Alters- und Invalidenversicherung.
2. Wahl des Delegirten.
3. Statutenberathung.
4. Verschiedenes.

Der Vorstand.

NB. Sämmtliche Mitglieder müssen in dieser Versammlung erscheinen, auch die von Fackenburg und Umgegend.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch.

Verleger: Theod. Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 118. Mittwoch, den 23. Mai 1900. 7. Jahrgang.

„Wiener Wäschermadeln."*)

Das Wäschewaschen ist keine leichte Arbeit. Schon lange wird nicht mehr im Waschtrog gewaschen, in allen größeren Betrieben verwendet man Waschmaschinen, die mit Wasserdampf die Wäsche reinigen; die Arbeit der Menschen besteht hauptsächlich nur im Nachbürsten der aus der Maschine gekommenen Wäsche. Ueberhaupt sind wenig Wäscherinnen angestellt, dafür aber mehr Büglerinnen. Es ist jedoch von vorherein ein Unterschied zu machen zwischen dem Waschen der neuen und der alten Wäsche, d. h. der eben genähten, die von der Wäschefabrik in die Wäscherei kommt, und der bereits gebrauchten, die von Privatkunden oder von Hotels und Gasthäusern zum Reinigen gegeben wird. Das Arbeiten an der neuen Wäsche erfordert viel mehr Anstrengung und Arbeit, und selten wird eine Arbeiterin bei dieser Beschäftigung alt. Wenn man so Tag für Tag und noch dazu so manche Nacht beim Waschen steht, immer im feuchten Lokal, die Füße durchnäßt, die Kleider ganz feucht, am Leib keinen trockenen Faden hat, und wenn man dann gezwungen ist, aus der heißen Luft der Waschküche auf den kalten Hof oder in den zugigen Gang zu gehen, dann zieht man sich nur zu leicht eine Krankheit zu. Lungenkranke sind gar keine Seltenheit unter den Wäscherinnen.

Ebenso ist es in der Bügelei. Auch hier der fortwährende Dunst, die ewige Hitze, im Sommer noch unerträglich gesteigert durch die natürliche Wärme, im Winter wieder der große Unterschied gegen die Luft außerhalb des Lokals. Die Arbeitsweise wäre vielleicht zu ertragen und würde auf den Körper keinen so großen Schaden ausüben, wenn die Arbeitszeit keine so lange Dauer hätte. Wenn alle Leute noch schlafen, ist die Wäscherin bereits auf, und wenn die Leute wieder schlafen, arbeitet sie noch immer, Die Arbeitszeit beträgt gewöhnlich 12—18 Stunden und an Freitagen und Sonnabenden wird die ganze Nacht bis in die Frühe hinein durchgearbeitet. Wer denkt wohl daran, wenn er Sonntags ein frisches Hemd, einen reinen Kragen nimmt, daß in diese Stücke die Nachtruhe von Mädchen, ja von Müttern hineingearbeitet ist. Es giebt Fälle, wo die Mädchen wochenlang gar nicht zu Bett gehen, da dauert die Arbeit bis 3—4 Uhr Früh, man legt sich auf die schmutzige Wäsche „schlafen", ruht sich ein wenig aus, und um 6 Uhr früh ist die Frau, die natürlich während der Nacht geschlafen hat, wieder da und weckt die Arbeiterinnen. Nicht genug, daß diese Arbeit die ganze Woche hindurch dauert, wird in manchen Betrieben auch am Sonntag gearbeitet, oft bis 4 Uhr Nachmittags. Wenn die Arbeit dann zu Ende ist, hat man für nichts mehr Sinn, man ist froh, wenn man schlafen kann, und doch giebt es genug Frauen, die, wenn sie von Früh bis Abends bei der Wäsche oder beim Bügeleisen gestanden sind, zu Hause noch kochen und aufräumen müssen. Daß da der Haushalt kein gut geführter ist, kann man sich leicht denken. Erfordert doch schon die Hausarbeit viel Kraft, und wenn diese Kraft in der Arbeit verbraucht ist, gehört eine besondere Energie und Reinlichkeitsliebe dazu, im Hause zu machen, was nothwendig wäre.

Der Lohn bei all diesen Frauen ist ein elender. Die Büglerinnen haben 5—6 fl. in der Woche, bei der alten Wäsche 7—8 fl., manchmal 9 fl., die Wäscherinnen bei der Waschmaschine 4—5 fl., in den Wäschereien, die gebrauchte Wäsche reinigen, 60—70 kr., auch 80 kr. täglich. Manchmal kommt dazu noch zweimal täglich Kaffee, der zum größten Theile mit Cichorie und gewässerter Milch bereitet ist. In manchen Wäschereien besteht auch der Brauch, von der Frau das Essen zu bekommen. Das ist dann wenig und schlecht. Die vielen Kräfte, die die Arbeit verbraucht, kann es nicht ersetzen, und die schlechte Ernährung steigert dann die üblen Folgen der langen Arbeitszeit.

In den Wäscherei-Betrieben besteht dann noch ein ganz besonderes Ausbeutungssystem. Es werden nämlich viele Mädchen nicht als Arbeiterinnen, sondern als Dienstmädchen aufgenommen und nur zur Arbeit in der Werkstätte verwendet, das sind Mädchen vom Land, aus Böhmen oder Slovakinnen; sie erhalten die Kost und 4—5 fl. (8—9 Mk.) im Monat und erfüllen alle Forderungen, die man an sie stellt. Sie meinen, es muß so sein. So verbrauchen sie ihre Kraft im Dienste dieser Wäscher, die die jungen Mädchen um die schönsten Jahre ihres Lebens bringen. So ein Mädchen vom Lande hat niemand Bekannten in Wien, sie steht ganz allein, schläft, arbeitet und ißt im Hause ihrer Dienstgeberin und ist in Folge ihrer Hilflosigkeit der Ausbeutung vollständig preisgegeben.

Bei dem geringen Lohn ist natürlich nicht daran zu denken, daß die Arbeiterin sich irgend etwas gönnt, irgend ein Vergnügen mitmacht. Sie ist froh, wenn ihr der Lohn auf das Essen und die nothwendigsten Bedürfnisse ausreicht. So leben die „Wiener Wäschermadel". Die Bezeichnung erinnert an ein lustiges, kräftiges Geschöpf, das gern lacht und singt, recht resch ist und die Männer abzublitzen versteht. Aber in Wirklichkeit sehen diese Mädchen ganz anders aus. Elend und Kummer sind auf ihrem Lebensweg ihre steten Begleiter, und von Gesang und Tanz kann überhaupt keine Rede sein.

* Aus der von Marie Lang herausgegebenen Wiener Halbmonatsschrift „Dokumente der Frauen."

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Die Magdeburger elektrische Straßenbahn-Gesellschaft hat es nicht erst zum Streik kommen lassen. Sie hat ihren Angestellten, ohne erst mit deren Kommission in Verbindung zu treten, folgende Zugeständnisse bewilligt: 1. Alle Schaffner und Führer erhalten zu dem bisherigen Gehalt von 80 Mk. eine Zulage von 10 Mk. 2. Die Tagelöhner eine solche von 25 Pf. pro Tag. 3. Der Dienst der Führer wird von 13 auf 10 Stunden, der der Schaffner auf 11 Stunden herabgesetzt. 4. Die Einrichtung einer Pensionskasse wird zugesichert. — Ueber kleinere Streiks in Berlin wird gemeldet: Die von der städtischen Baudeputation bei der Kanalisation beschäftigten Maurer haben auf der ganzen Strecke die Arbeit niedergelegt. Sie verlangen statt des bisher empfangenen Stundenlohnes von 50 Pf. bei zehnstündiger Arbeitszeit einen solchen von 62½ Pfennig bei neunstündiger Arbeitszeit. Die Parkettbodenleger haben eine Lohnbewegung begonnen und beabsichtigen in den nächsten Tagen in den Generalstreik einzutreten. Die Kupferschmiede befinden sich in einer Lohnbewegung. Sie verlangen einen Stundenlohn von 47½ Pfennig, der bis zum 9. Juni an allen Arbeitsstellen eingeführt sein soll. Die Brettschneider und Brettträger befinden sich noch immer im Streik. — Zum Leipziger Bäckerstreik berichtet die dortige „Volksztg.": In der letzten Versammlung der Bäckermeister wurde empfohlen, bei der — Militärverwaltung um Beurlaubung von Bäckern vorstellig zu werden. Der vorsitzende Bäckermeister scheint an dieser Thür schon angeklopft zu haben, denn er erklärte, daß vom Militär nur dann Hülfe zu erwarten sei, wenn die Versorgung des Publikums mit Gebäck Noth leiden sollte. — Die Unternehmer im Dortmunder Stukkgewerbe haben sämmtliche Forderungen der Gehülfen abgelehnt, sich auch auf keine Verhandlungen eingelassen. Der Streik ist deshalb unvermeidlich. — Die Schuhmacher in Köln befinden sich noch im Ausstand. Die Unternehmer lehnen das Erscheinen vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts ab und bemühen sich auswärts um Arbeitskräfte. — Auch die Angestellten der Karlsruher Straßenbahn rühren sich. Die Tischler und Mechaniker haben am Dienstag bereits die Arbeit eingestellt, weil die vertragsmäßigen Lohnzahlungen nicht eingehalten wurden. Auch das Fahrpersonal, welches zum größten Theil bei 16—17stündiger Arbeitszeit nur 85 Mk. Lohn pro Monat erhält, ist in eine Bewegung eingetreten, um die üblichen Lohnabzüge zu beseitigen, bessere Lohnverhältnisse und Verkürzung der Arbeitszeit herbeizuführen. In einer Versammlung beschlossen die Angestellten, in diesem Sinne bei der Direktion vorstellig zu werden. Im Falle Ablehnung der Forderungen ist Arbeitseinstellung beabsichtigt. — Die streikenden Genter Textilarbeiter ersuchten um die Vermittelung des Arbeitsministers.

Eine große Arbeiteraussperrung aller Maurer, Zimmerleute, Bautischler und Hülfsarbeiter auf allen Bauten des schwedischen Baumeistervereins ist, wie bereits kurz gemeldet, am 17. d. Mts. in Stockholm erfolgt und außerdem sind die Arbeitgeber der übrigen Baufächer (Maler, Steinhauer, Fundamentleger 2c.) aufgefordert, wenn die Arbeiter sich nicht fügen sollten, auch in ihren Fächern die Aussperrung zu verhängen. Auch haben sie sich an alle schwedischen, dänischen und norwegischen Baumeistervereine mit dem Ersuchen gewandt, keine ausgesperrten Arbeiter anzunehmen. Die Zahl der Ausgesperrten beträgt vorläufig ca. 5000, dürfte aber bald auf 15 000—20 000 steigen. Der Streit dreht sich in der Hauptsache darum, daß die Meister bereits vor einigen Monaten den alten Akkordarbeit-Tarif zum 1. Mai kündigten und einen neuen einführen wollen, bei dem nicht wie bisher der Stundenlohn zu Grunde gelegt ist, sondern die ausgeführte Akkordarbeit nach einem von früher ermittelten Maßstab. Das würde für alle weniger tüchtigen Arbeiter, die nicht so schnell arbeiten können, eine Lohnreduktion bedeuten, und nur die allertüchtigsten würden den alten Lohn erhalten. Dabei ging der Baumeisterverein nicht darauf ein, daß über die Akkordarbeit ein gemeinsames Schiedsgericht entscheiden solle, sondern sie wollten diese Fragen selbst entscheiden. Endlich sollten „Arbeitszettel" eingeführt werden, was die Arbeiter sich nicht gefallen lassen wollen. Es fragt sich, ob jetzt in der Hauptbauthätigkeit die Arbeitgeber die Aussperrung lange aufrecht erhalten können.

Genosse Albert Schmidt, der seit Ende Oktober vor. Js. im Gefängniß zu Gommern bei Magdeburg sitzt, ist in ein Hallesches Gefängniß verbracht worden, um dort seine Strafe weiter zu verbüßen. Seine Frau hatte an die zuständige Behörde ein Gesuch gemacht, ihn in Gommern zu lassen, weil es ihr dort leicht möglich ist, ihn dann und wann zu besuchen, ihr Gesuch ist jedoch abgeschlagen worden.

Von der deutschen Justiz. Die Strafkammer in Dortmund verurtheilte den Redakteur Lebius von der „Rh.-Westf. Arbeiterztg." wegen Beleidigung der Zuchthausdirektion in Werden — Lebius hatte die bekannten Zuchthauserinnerungen des Bergmanns Gräf aus dem Zuchthaus zu Werden abgedruckt — zu drei Monaten Gefängniß.

Der Zentral-Verband der deutschen Brauer und Berufsgenossen hielt seinen 12. Verbandstag vom 9. bis 13. Mai d. J. im Gewerkschaftshaus „Germania" zu Dresden ab. Anwesend waren außer den drei Beamten des Hauptvorstandes 39 Delegirte aus allen Theilen des Reiches. Nach dem Bericht des Hauptvorstandes nahm die Mitgliederzahl des Verbandes in den 2 letzten Rechnungsjahren um ca. 2500 zu, insgesammt beträgt sie jetzt 10 000. Die Einnahmen betrugen in demselben Zeitraum nebst einem Kassenbestand von 14 975 Mark 214 682,93 Mark. Von dieser Summe entfallen: auf Eintrittsgelder 8138 Mk., auf Beiträge 142 264 Mk., auf freiwillige Beiträge zur Unterstützung von Streiks 31 193 Mk.; der Rest entfällt auf Inserate, Abonnements und sonstige Einnahmen. Ausgegeben wurde in den beiden Jahren allein an Unterstützung die Summe von 110 321 Mark. Das Organ des Verbandes, die „Brauer-Zeitung", hat gegenwärtig eine Auflage von nahezu 12 000 Exemplaren. Außer einer großen Menge von Anträgen, die zum Verbandstage gestellt wurden, stand noch auf der Tagesordnung ein Referat über: „Taktik bei Streiks", welches Klein (Hamburg) hielt und das eine interessante Debatte hervorrief; ferner referirte noch Wiehle (Hannover)

Sumpfland.

Roman von Dora Duncker.

(8. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Aber auch darauf war Hellweg vorbereitet gewesen. Rasch wie ein Gedanke entrollte er das graue Etwas, umwickelte die Hände mit den feuchten Lappen und griff in die Flammen.

Mit angesengten Rändern zog er die Bücher heraus.

Aber noch ehe er sie vollständig dem sicheren Verderben entrissen, war etwas geschehen, das Zenner nicht in den Kreis seiner vorsichtigen Berechnung gezogen hatte.

Auf einen leisen Pfiff, den Hellweg in demselben Augenblicke ausgestoßen hatte, in welchem er nach den Büchern in die Flammen gegriffen, hatte sich die Thür von Frau Becker's Kammer geöffnet, und ehe Zenner noch wußte, ob die Bücher vernichtet oder gerettet waren, hatte sich eine schwere Hand auf seine Schulter gelegt und eine Stimme dicht an seinem Ohre sagte: „Im Namen des Gesetzes."

Eines Gedankens Länge dachte er daran, sich zur Wehr zu setzen oder zu fliehen. Aber er wußte auch in demselben Augenblick, daß eins so vergebens sein würde wie das Andere.

So begnügte er sich damit, einen Fluch auszustoßen und Hellweg zuzuzischeln:

„Warte, Du Hund, das sollst Du mir büßen!"

Vor dem Hause stand die Droschke schon bereit, welche die Drei nach dem Polizei-Präsidium führen sollte.

Hellweg hatte es aus Rücksicht für Weißholz vorgezogen, das Protokoll nicht in dem nahe bei Weißholz' Wohnung gelegenen Polizeibureau aufnehmen zu lassen. Es hätte vor der Zeit etwas zu ihm dringen können, und er wollte dem Doktor Alles ersparen, was in diesem bösen Handel ihm irgend erspart bleiben konnte.

Während der Fahrt, die beinahe eine Stunde währte, öffnete Jakob Zenner die Lippen kein einziges Mal. Er saß ganz still. Nur seine Blicke flackerten unsicher irrend hin und her, das Chaos seiner aufgeregten Gedanken verrathend. Nur wenn sie auf den Ingenieur fielen, der ihm gegenüber saß, die Bücher mit den leicht angesengten Rändern vor sich auf den Knieen, nahmen Zenner's Augen einen zielbewußten Ausdrucks an: den Ausdruck wüthenden Hasses, drohender Vergeltungswuth.

7. Kapitel.

Der Märzsturm hatte ausgetobt.

Aus einem lichtblauen Himmel schien die Aprilsonne in breiten, wärmenden Strahlen herab und vergoldete die ersten zartgrünen Blattspitzen, die sich während der letzten Tage aus ihren blanken, braunen Knospen ausgerollt hatten.

Nur wie ein zarter, grüner Schleier lag's über dem Gesträuch; aber als erster sichtbarer Beweis des endlich nahenden Frühlings nach einem rauhen Winter wurde er mit förmlich erregter Freude begrüßt.

An den Straßenecken standen dieselben Blumenverkäufer und -Verkäuferinnen in denselben unkleidsamen, ärmlichen Anzügen, in denen sie den ganzen Winter über dort gestanden hatten. Aber Mancher, der während der kalten Wintermonate achtlos vorübergeschritten war, oder ihr Angebot mit einem unfreundlich abweisenden Wort beantwortet hatte, blieb jetzt mit zustimmender Miene stehen und nahm einen Veilchenstrauß oder ein paar Schneeglöckchen mit.

Es lag förmlich in der Luft, daß Jeder gern ein sichtbares Zeichen Frühling für sich oder Andere mit nach Hause brachte.

Auch Rudolf hielt an einer der verkehrsreichsten Ecken der Friedrichsstadt in seinem eiligen Gang inne, um einem kleinen, schmutzigen Ding einen Veilchenstrauß abzukaufen. Freilich weniger aus Mitleid mit dem armen Kinde, noch durch die allgemeine Frühlingsstimmung dazu angetrieben, sondern weil er sich plötzlich des Blumenglases mit den Schneeglöckchen und braunen Rispen auf der Kommode seiner Frau erinnert hatte.

Er hatte die Absicht, Martha heute wiederum aufzusuchen, und einen neuen, energischen Versuch zu machen, sie für seine Pläne zu gewinnen.

„Steter Tropfen höhlt den Stein. Am Ende krieg' ich sie doch herum", murmelte er im Weiterschreiten leise vor sich hin.

Zwingen konnte er sie doch nicht, zu ihm zurückzukehren, und sobald sie, um seiner ganz ledig zu sein, die Scheidungsklage gegen ihn einreichte, was ihm überdies seiner Personalien wegen sehr fatal sein würde — wäre Lieschen ihm erst recht auf immer verloren.

So wie die Dinge zwischen ihnen lagen, würde das Kind zweifellos Martha zugesprochen werden! Aber er wollte es haben, das Kind! Je länger es ihm verweigert wurde, desto heftiger wuchs seine Begierde danach. — Es war ihm, als ob das Kind ein Talisman sei, in dessen Schutz wieder etwas Anderes aus ihm werden könne, werden müsse. Die Aussichten dazu waren augenblicklich bessere denn je.

Er hatte gerade jetzt ein ganz hübsches Sümmchen zusammen getragen, mit dem sich das Geschäft schon wieder etwas reinlicher betreiben ließ; nach und nach kam man dann schon wieder herauf, wenn man sich hielt natürlich. Die dreitausend Mark von Zenner würden die zurückgelegte Summe hübsch rund machen. Es sollte dann das letzte Geschäft mit ihm gewesen sein — ganz gewiß.

Rudolf hatte gehört, daß ein erster Rechtsanwalt in einer der vornehmsten Stadtgegenden eine geschickte juristische Hilfskraft für sein Bureau suche. Das würde vielleicht etwas für ihn sein.

über das Thema: „Tarifgemeinschaft", über welches ebenfalls lebhaft diskutirt wurde. Ein Antrag auf Erhöhung der Beiträge (jetzt 1 Mk. monatlich) wurde mit ein paar Stimmen Mehrheit abgelehnt. Dagegen wurden mehrere Statutenabänderungsanträge angenommen, sowie auch ein Antrag, das Reich in Gaue resp. Agitationsbezirke einzutheilen. Ferner wurden noch den Beamten die Gehälter erhöht, sowie jährlich ein längerer Urlaub gewährt; alle drei Beamte wurden einstimmig wiedergewählt. Sitz des Verbandes ist weiter Hannover. Der nächste Verbandstag findet in Hamburg statt.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Die Nachsektion der Leichentheile des in Konitz ermordeten Winter wurde Donnerstag Abend unter Betheiligung der Berliner Gerichtsphysiker beendet. Die betheiligten Aerzte kamen zu dem Resultat, daß in dem Augenblick, in dem der tödtliche Schnitt durch die Gurgel des Ermordeten geführt wurde, dessen Bewußtsein und Widerstandsfähigkeit durch den vorangegangenen Erstickungsversuch geschwächt waren. Der Kreisphysikus Dr. Müller-Konitz hat übrigens schon früher auf die Wahrscheinlichkeit hingewiesen, daß die Athmung Winters im Augenblick der Ermordung durch einen Knebel oder ein um den Mund gelegtes Tuch behindert war. Einige Organe der Leiche werden noch zu mikroskopischer Untersuchung nach Berlin gesandt. — Aus Oberschlesien wird gemeldet: In einer der letzten Nächte braunten in dem unweit Rosenberg belegenen russischen Grenzdorf Przystan drei Wirthschaftsgebäude infolge einer Brandstiftung nieder. Während des Brandes drang ein vermummter Kerl in das Pfarrhaus ein und ermordete den alten Pfarrer sowie ein vierzehnjähriges Mädchen; außerdem verletzte der Mensch die Wirthschafterin des Pfarrers so schwer, daß sie noch ohne Besinnung darniederliegt. — Ein Soldat vom 58. Infanterie-Regiment in Glogau ermordete nach eigenem Geständniß seine Geliebte, ein Dienstmädchen. — Im Dorfe Krampfer b. Perleberg stürzte ein im Bau befindlicher Brunnen ein. Mehrere Arbeiter wurden verschüttet. Ein Maurer und ein Brunnenbauer sind todt. — Die Frau des Sattlers Ruedicke in Hannover hat sich und ihr 9jähriges Töchterchen durch Kohlengas getödtet, nachdem sie vorher ihre elfjährige Tochter mit einem Brief an ihre in Hamburg lebende älteste Tochter fortgeschickt hatte, die Gründe des Selbstmordes sind unbekannt. — In Andigast bei Pegau (Sachsen) wurden beim Abbruche einer Scheune der Schmiedemeister Hitzschke und Maurer Röder von einer einstürzenden Mauer erschlagen. Hitzschke war Vater von acht Kindern. — Ein trauriger Vorfall hat sich in Amdorf bei Gladenbach ereignet. Der dortige Lehrer wollte eine schlimme Katze mit einem Teschin erschießen. Zu diesem Zwecke stellte er sich in eine Scheune, wo es halbdunkel war. Plötzlich bewegte sich etwas an der Bodenluke. Als auf seinen Ruf, ob Jemand dort sei, keine Antwort erfolgte, hielt er den grauen Gegenstand für die Katze, er schoß und ein junger Bauersmann mit einer grauen Mütze, der hatte zusehen wollen, lag todt zu seinen Füßen. Der Schuß war durch die Mütze in den Kopf gedrungen. Das Entsetzen des Lehrers kann man sich denken. — Auf der Braunkohlengrube Lucherberg bei Langerwehe wurden durch plötzlich nachgebende Erdmassen zwei Streckenarbeiter getödtet. — „Kurjer Lwowski" meldet aus Podhajce (Galizien): Während des Gottesdienstes schlug der Blitz in die hiesige griechisch-katholische Kirche; zweiundzwanzig Personen wurden durch den Blitzschlag schwer verwundet. — Untergegangen ist der schwedische Dampfer „Prinz Eugen" mit seiner ganzen zwölf Mann starken Besatzung an der Küste Finlands. — In der Pariser Vorstadt Saint Denis explodirte ein Bassin zur Herstellung von Schwefelsäure. Zwölf Arbeiter wurden schwer verletzt, wovon bereits drei gestorben sind. — Der Blitz schlug in die Schule von Alde a del Rey (Spanien). Von den vorhandenen 120 Schulkindern wurde eins getödtet, sieben schwer verwundet. In Folge der entstandenen schrecklichen Panik gab es noch zahlreiche Quetschungen und Rippenbrüche. — In Porto Empedocle auf der Insel Sizilien ist wegen Mangels an genießbarem Trinkwasser unter der Bevölkerung eine Revolte ausgebrochen. Das Gemeindeamt und mehrere andere Gebäude wurden mit Steinen bombardirt und namhafter Schaden angerichtet. Das Militär zerstreute die Menge, die sich jedoch bald wieder ansammelte und eine so drohende Haltung annahm, daß das Militär mit aufgepflanztem Bajonnett einschritt. Es wurden sechs Verhaftungen vorgenommen. Trinkwasser aber haben die armen Leute noch immer keines. — Seit Ausbruch der Pest sind in Alexandrien 5 Fälle, darunter 4 Todesfälle, und in Port Said 29 Fälle, darunter 13 Todesfälle vorgekommen. Aus anderen Theilen Egyptens sind keine Pesterkrankungen gemeldet. — In San Francisco wurde offiziell die Beulenpest festgestellt.

Ein ländliches Kulturbild. Zu der unglückseligen That des Rittergutsbesitzers Buchholz in Cossenblatt wird noch berichtet: Es war allgemein bekannt, daß B. sich schon seit einiger Zeit in Zahlungsschwierigkeiten befand, und aus diesem Grunde auch hatte er seine Untergebenen zur Brandstiftung zu veranlassen versucht, um sich durch die Versicherungssumme noch etwas über Wasser halten zu können. Infolge der Zahlungsschwierigkeiten war ihm die Verwaltung des Guts abgenommen und einem Sequester übertragen worden. Außer der gegen ihn wegen Verleitung zur Brandstiftung erhobenen Anklage schwebten in letzter Zeit noch gegen ihn Untersuchungen wegen Meineids, Betrugs usw. Er befand sich aus diesem Grunde in den letzten Wochen in hochgradig nervöser Erregung. Als er vom Termin aus Frankfurt a. O. zurückgekehrt war, nahm er zwei mit groben Schrotpatronen geladene Gewehre und lauerte an der Chaussee zwischen Cossenblatt und Giesensdorf in einem Gebüsche versteckt, den Zeugen auf, die in Frankfurt a. O. in der Brandstiftungs-Angelegenheit gegen ihn ausgesagt hatten. Ahnungslos kamen diese alle auf einem Wagen angefahren, als plötzlich vier Schüsse hintereinander knallten und fünf Personen blutüberströmt zusammensanken. Der Thäter begab sich darauf nach Hause. Die ganze Nacht verbrachte er dann in seinem Park und früh ½7 Uhr erschoß er sich auf dem Grab seiner Frau, die im Park beerdigt liegt. Erst nach einiger Zeit wurde die Leiche, der der Kopf völlig zerschmettert war, dort vorgefunden.

Der Herr Korreferent. Man schreibt der „Frkft. Ztg." aus Bern: In der Kirche in Amriswell (Kanton Thurgau) referirte Dr. Häberlin über die Kranken- und Unfallversicherung, die am 20. Mai vor die Schweizer Volksabstimmung kam. Mitten in seinem Vortrag steckte ein neugieriger Ochs seinen Kopf durch die halb offene Kirchenthüre und ließ zur allgemeinen Heiterkeit ein kräftiges „Muh!" ertönen. „Bitte mich nicht zu unterbrechen!" rief der schlagfertige Redner. Nachdem die Heiterkeit der zahlreichen Bürger sich etwas gelegt hatte, fuhr Herr Dr. Häberlin fort: „Da mein Herr Korreferent sich wieder entfernt hat, gestatten Sie, daß ich in meinem Vortrage fortfahre!"

Eine gemüthliche Szene vor Gericht spielte sich dieser Tage in Wien ab. Beim Aufruf des Namens Marie Listak trat eine nettgekleidete Frau vor den Richter der Josefstadt, der ihr bekannt gab, daß sie sich wegen Uebertretung des Thierseuchengesetzes zu verantworten habe. Angeklagte: O, ich weiß! Hochgeehrter Herr Richter! Ich habe Ihnen jetzt schon eine Stunde im Verhandlungssaale zugehört — aber diese Freundlichkeit! Diese Liebenswürdigkeit ist mir noch nicht vorgekommen! Ich bin daher auch in meiner Sache ganz beruhigt. Richter: Lassen Sie das! Es liegt Ihnen ja kein schweres Delikt zur Last. Ihr Hund hatte keinen Beißkorb. Angekl.: Aber sehen Sie doch! (Zieht ein winzig kleines Schooßhündchen aus der Tasche.) Das Hunderl ist so klein. Richter: Das Gesetz ist für alle Hunde! Angekl.: Ich bitt schön! Betrachten Sie das Fußerl, das Kopferl, das Munderl . . . (läßt den Hund auf der Erde hin- und hergehen), der thut niemand was, der ist so anständig. Richter: Er muß doch mit einem Maulkorb versehen sein. Angekl.: Er kann ja gar nicht beißen. Richter: Ist ganz gleich. — Das Urtheil lautete auf zwei Kronen Geldstrafe. Angekl.: Zwei Kronen? So viel wie bei einem gewöhnlichen Hund? Das ist zu viel! Es muß doch ein Unterschied sein. Lieber Herr Richter, lassen Sie doch die Hälfte nach. Richter: Unmöglich! Ich habe ja bereits mein Urtheil gefällt. Angeklagte: So setzen S' halt nochmals das Kapperl auf und urtheilen S' nochmals! — Erst als alles Bitten nichts half, erklärte die Verurtheilte sich bereit, die Strafe zu erlegen.

„Vater, schieß uns todt, damit wir keinen Hunger leiden!" In Prag wurde dieser Tage der Taglöhner Franz Jelinek verhaftet, der am 11. d. M. in einem Walde bei Prag seine vier Kinder zu erschießen versuchte. Der Verhaftete gab über die Veranlassung zur That Folgendes an: Er sei nach dem im Februar erfolgten Tode seiner Frau in große Nothlage gerathen; er habe seine Kinder bei einer armen Familie in Pchery untergebracht und für die Verpflegung 6 Gulden erlegt, am andern Tage habe man ihm die Kinder aber wieder geschickt. Ohne Arbeit, ohne Wohnung und im Besitze von ganz wenig Geld sei er in Verzweiflung gerathen. Er habe für sein letztes Geld in Prag einen Revolver gekauft und übernachtete mit seinen Kindern im Walde, wo sie schneidende Kälte ertragen mußten. Früh, als die Kinder erwachten, zog er den Revolver und zielte zuerst erst aus einiger Entfernung gegen den ältesten Knaben. Dieser, den die Kugel nur leicht am Kopfe verletzte, lief davon, dem nächsten Dorfe zu, das älteste Mädchen lief ihm nach. Nur Joseph und Josepha blieben zurück. Der sechs Jahre alte Joseph rief: Vater, schieß' uns nur todt, damit wir keinen Hunger leiden! Daraufhin feuerte er auf jedes der Kinder einen Revolverschuß ab. Die kleine Josepha erlag bald der Verletzung; Joseph wurde schwer verwundet, dürfte aber davon kommen; er befindet sich mit seinen anderen zwei Geschwistern in Schlan in Pflege. Jelinek, der auch gegen sich einen Schuß abgefeuert, sich aber nur leicht verletzt hatte, warf dann den Revolver weg und flüchtete nach Prag, wo er sich bis zu seiner Verhaftung in den Vororten herumtrieb.

Drunter und drüber. Im Londoner »King« schildert, wie die „Berliner Börsenzeitung" mittheilt, der Satiriker James J. Sullivan in folgendem Dialog zwischen Mr. und Mrs. Smith die Wirkung des Chaos von Depeschen und Nachrichten, das die Londoner Blätter täglich mit unzähligen Wiederholungen ihrer eigenen früheren Meldungen dem Leser auftischen:

Mrs. Smith: Lieber John, ich kann die Nachrichten vom Kriegsschauplatz wirklich nicht verstehen! Bitte erkläre Du sie mir. Was meint das Telegramm hier:

Spezialkabel: Lord Roberts ist während seines sechswöchigen Aufenthaltes in Blumfontein damit beschäftigt gewesen . . . . ꝛc.

Dann: „Per Kabel: Lord Roberts, der jetzt seit drei Wochen in Blumfontein ist, ꝛc."

Dann: Telegramm unseres Spezial-Korrespondenten: „General Roberts zog heute in Blumfontein ein ꝛc."

Dann: „Von unserem eigenen Korrespondenten: „Man erwartet jeden Tag, daß General Roberts gegen Blumfontein vorrücken wird ꝛc."

Dann: Von unseren Korrespondenten: Wird Roberts von Cape-Town aus gegen Blumfontein losmarschiren?"

Und dahinter: „Wir erwarten die Ankunft Lord Roberts in Kapstadt jeden Tag." — So geht es die ganze Seite weiter. Geht die Zeit zurück, oder muß man die Zeitung jetzt herumdrehen und von unten nach oben lesen?"

Herr Smith: „Aber liebes Kind, das ist doch furchtbar einfach; natürlich sind die früheren Telegramme später gesandt worden — ich meine die Briefe kommen nach den Telegrammen, und können nicht vor denen ankommen, die eintrafen, als die anderen noch nicht da waren — ich meine — weißt Du, das ist so schwer, einer Frau etwas zu erklären, aber es ist natürlich Alles so klar, wie Krystall!"

Mrs. Smith: „Nun gut, aber wo endet denn all das? Was ist denn eigentlich zuletzt passirt?"

Mr. Hmith: „Du bist doch ein ganz konfuser kleiner Dummkopf, gieb einmal die Zeitung her."

Er wirft einen Blick auf die Spalte und murmelt: „General Roberts segelt morgen nach dem Kap — hm — Es heißt, daß General Roberts zum Oberkommandirenden ernannt werden wird — hm — (er kratzt sich den Kopf und starrt auf die Zeitung, reibt sein Kinn und schnappt nach Luft) — dann stottert er: „Aha, hier ist die letzte Nachricht: Es ist nunmehr zweifellos, daß der Krieg mit dem Transvaal unvermeidlich geworden ist . . . ."

Herr Smith starrt geistesabwesend um sich, faßt sich an die Kehle, stellt sich auf den Kopf, um die Zeitung von unten nach oben zu lesen, und muß noch am selben Tage in eine Heilanstalt geschafft werden.

Hm ja — wenn die Examina erläßlich wären. Eine Thorheit sondergleichen, daß er zwei Mal kurz davor abgeschnappt war. Sie wußten ja wohl auch nicht viel mehr, diese Herren Referendare und Assessoren, ob sie auch schwarz befracht und zähneklappernd vor den großen Herren gestanden und ihre Beglaubigungsstempel aufgedrückt bekommen hatten — aber schließlich gehört's dazu. Na, also zu spät, da ist nichts mehr zu machen.

Das, was ihn zunächst anging, war, das Geschäft mit Zenner abzuwickeln. Daran fehlten nur noch die dreitausend Mark. Zum Teufel, wo sie jetzt nur bleiben? Das war ja gegen jeglichen Brauch und jede Abmachung zwischen ihnen.

Wenn der Zenner auch ein Hund von Geschäftsmann war, das mußte Rudolf ihm dennoch lassen, ihm gegenüber hatte er sich stets ebenso anständig wie prompt erwiesen.

Er mußte das Geschäft doch längst verkauft und das Kaufgeld in Händen haben. Wenn's schief gegangen, wäre er doch der Erste gewesen, der davon erfahren. Na, wenn er bis morgen die Summe nicht hatte, würde er Zenner in seiner Privatwohnung aufsuchen. Er mochte sich's dann selber zuschreiben, wenn er ungerufen kam.

Mittlerweile hatte Rudolf sein von der Friedrichstadt ziemlich entlegenes Ziel erreicht, eine Frühstückskneipe, in der er häufig Vormittags vorzusprechen pflegte, um die Zeitungen zu lesen.

Seit acht Tagen war er übrigens nicht mehr hier gewesen, so tief hatte er in der Arbeit gesessen; ja bis auf den Kurszettel hatte er in der letzten Woche kaum ein Zeitungsblatt in der Hand gehabt.

Neben der Arbeit für Zenner hatte noch eine andere, ebenso eilige, fertig gestellt werden müssen. Aber auch das war nun endgültig abgethan. Puh, er wollte nun aber durchaus nichts mehr von dergleichen wissen, jetzt wenigstens nicht mehr.

Von Wirth und Kellner äußerst zuvorkommend begrüßt, nahm Rudolf seinen gewohnten Platz ein. Die nöthigen Zeitungen, die er zu lesen pflegte, die gewohnten Speisen und Getränke wurden ihm, ohne daß er sie forderte, aufgetragen.

Zunächst sah er den Kurszettel durch. An einigen Stellen stutzte er, notirte eine kurze Berechnung an den Rand der Zeitung und nickte dann beinahe ausnahmslos befriedigt mit dem Kopf.

Wahrhaftig, womit er sich sein Leben lang nicht hatte brüsten können — er hatte jetzt Glück — sein kleines Lieschen sollte es gut bei ihm haben.

Ging's so weiter, konnte er sich nächstens ein Fräulein für das Kind halten und es in eine höhere Töchterschule schicken. Hm — dann würde die Mutter am Ende ja entbehrlich sein.

Er trank das Glas Pilsener, das er vor sich stehen hatte, auf einen Zug leer.

Dann schlug er schmunzelnd das Zeitungsblatt um und begann zu lesen.

Aber um wenige Augenblicke später schmunzelte er nicht mehr. Im Gegentheil, sein Gesicht entfärbte sich und seine Augen blickten starr und ungläubig auf eine Stelle in dem lokalen Theile, welche ihm durch den gesperrt gedruckten Namen Zenner in's Auge gefallen war.

Zwei Mal, drei Mal las er langsam die wenigen Zeilen, ehe dieselben sich seinem Verständniß überhaupt eingeprägt.

Dann wurde er blaß bis in die Lippen.

„Verflucht!" murmelte er, „daß das gerade passiren muß, wo man so schön im Zuge ist. Elend dumm muß der Mensch gewesen sein, daß er mit diesen Büchern reinfallen konnte. Donnerwetter! Kurzes Federlesen scheinen sie gemacht zu haben. Gleich in Untersuchungshaft. Wenn der nicht einen sehr schneidigen Anwalt kriegt, wird er sich wohl schwerlich herauswinden, und dann geht es nicht ohne Zuchthaus ab."

Rudolf schüttelte sich.

„Brrr — er kann mir leid thun. Aber schließlich, warum läßt er sich abfassen. Und ich? Hm, hm, hm! Verrathen wird er mich nicht, denn es würde ihm nicht das Geringste nützen, und im Uebrigen, fassen könnten sie mich auch dann nicht so leicht, Beweise und Zeugen, die sollen sie mal erst schaffen, aber schließlich, besser ist besser, und ob ich ein paar Jahre früher oder später nach drüben gehe, am Ende wird sich da auch einbringen lassen, was mir noch fehlt, die dreitausend Mark sind doch futsch. Also rüber, von heute zu morgen, es kommt ein bischen rasch, aber mir gefällt's eigentlich."

Plötzlich stutzte er. „Und das Kind? Ohne das Kind hinüber gehen?"

Sein Gesicht verfinsterte sich. Und dann, mit einem Male, fuhr es wie ein Blitz darüber hin. Er sprang auf, zahlte seine Zeche, der Veilchenstrauß blieb in einer Bierlache liegen, warf sich in eine Droschke und fuhr nach Hause.

Auf seinem Arbeitstische fand er einen Kassiber von Zenner. Ein schmaler Leinwandstreifen, mit einer bräunlichen Flüssigkeit, wahrscheinlich Blut, in der zwischen ihnen üblichen Chiffreschrift eng beschrieben. Durch einen aus der Untersuchungshaft Entlassenen mochte er an seine Adresse gekommen sein.

Der Kassiber enthielt die dringende Mahnung, so schnell wie möglich Berlin zu verlassen. Es sei nicht ausgeschlossen, daß man ihm auf der Spur sei. An Einem von ihnen Beiden sei es wahrlich genug, und nicht gerade nothwendig, daß sie Beide die Konjunktur im Gefängniß verschliefen, denn darum würde er wohl nicht kommen. Na, am Ende, das Leben sei lang. Rudolf möge sich auf alle Fälle halten, damit doch wenigstens Einer wisse, was die Glocke geschlagen habe. — Rudolf verschloß sämmtliche Thüren seiner Wohnung, nachdem er sich vorher davon überzeugt hatte, daß Fritz nicht zu Hause und auch sonst Niemand in der Nähe sei.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verleger: Theod. Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.